

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1931

26 (31.1.1931)

Volkstreu

TAGESZEITUNG FÜR DAS WERKTÄTIGE VOLK MITTELBADENS

Anzeigenpreise Die 10 gelbeilen Millimeterzeile füllt 12 Dienat, Geograbiung und 20 Dienat. Bei Wählung nach Zahl, bei der die Wählung des Tagespreises, bei der die Wählung des Tagespreises, bei der die Wählung des Tagespreises...

Untere wöchentliche Beilagen: Heimat und Wandern, Unterhaltung, Wissen, Kunst / Sozialistisches Jungvolk, Die Aufstunde / Sport und Spiel / Die Welt der Frau

Bezugspreis monatlich 2.50 Mark o. ohne Zuhaltung 2.20 Mark o. durch die Post 2.60 Mark o. Einzelheft 10 Pfennig o. Einzelheft 6 mal wöchentlich 11 Pfennig o. Postbestellungs 2650 Karlsruhe o. Geschäftsstelle und Redaktion: Karlsruhe L. 2, Waldstraße 28 o. Januar 1931 o. Zeitungsvertrieb: Karlsruhe, Hauptstraße 9, D-Baden, Jagdstraße 12; Rastatt, Rastattstraße 2; Offenburg, Republikstraße 4

Nummer 26 Karlsruhe, Samstag, den 31. Januar 1931 51. Jahrgang

Genf prüft Arbeitslosenproblem

Die Auffassungen von Arbeiterschaft und Unternehmer stehen sich gegenüber

Die Kommission des Internationalen Arbeitsamts zur Prüfung des Arbeitslosenproblems hat am Freitag nach scharfen Auseinandersetzungen ihren Bericht an den Verwaltungsrat fertiggestellt. In ihm werden zuerst die Ursachen der Arbeitslosigkeit aufgezählt und dann die Maßnahmen zu ihrer sofortigen Milderung und allgemeinen Bekämpfung für notwendig gehalten. Ueber die Frage der Arbeitszeit und der Löhne konnten sich die Arbeiter und Unternehmer nicht einigen, weshalb dem Verwaltungsrat beide, sich einander widersprechende Anschauungen vorgetragen werden. Als Ursachen der Arbeitslosigkeit zählt der Bericht periodisch wiederkehrende und durch die Umwälzung des Krieges und der Nachkriegszeit bewirkte Umstände auf. So

1. die landwirtschaftliche Ueberproduktion in einigen Produkten, besonders gute Ernten, besonders die ohne Rücksicht auf die veränderte Konsumfähigkeit gesteigerten Anbauflächen;
 2. die anarchische Produktion der Industrie, die in keinem Verhältnis zur Nachfrage steht;
 3. den Mangel an Vertrauen, der ungleichen Geldverteilung, die schlechte Kapitalzirkulation und große Einschränkungen zur Folge hatte;
 4. der Preissturz des Silbers mit seinem Valutarückgang, in den Ländern mit Silberwährung;
 5. die zu hohen Produktionskosten gewisser Länder;
 6. die Unruhe im internationalen Handel durch die Entwicklung neuer Produktionszentren zusammen mit den künstlichen Bestimmungen des internationalen Austausches;
 7. die politischen Hindernisse, die sich der internationalen Ausbeutung der Weltreichtumsquelle entgegenstellen.
- Darüber sollen endgültige weitere Erhebungen angestellt werden. Als dringende Maßnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit werden den Regierungen empfohlen:
1. Systematische Organisation des öffentlichen Arbeitsnachweises, mit dem Ziel der Zusammenarbeit zur Aufstellung von Programmen für die Beschäftigung Arbeitsloser und zur neuen Wiedereinstellung der von den technischen Auswüchsen betroffenen Gewerbetätigen.

2. Die Entwiklung der Unterstüzung und Versicherung gegen teilweise und volle Arbeitslosigkeit durch sofortige Staatshilfe ohne die Wiedereinstellung von Arbeitern von Verbrauchsbranchen in oder außer Landes zu gefährden.

3. Öffentliche Arbeiten zur Ueberwindung der schwachen und privaten Unternehmungen, dazu mit Hilfe des Völkerbundes, Verständigung über gemeinsame Durchführung gewisser internationaler Arbeiten.

4. Politik der internationalen Zusammenarbeit für Freizügigkeit und Unterbringung von Arbeitern in den Bedarfsländern zur Erweiterung der Aufnahmemärkte für die Arbeitenden.

5. Zusammenarbeit der nationalen Wirtschaft mit dem Ziel der vollkommenen Gemeinschaftlichkeit.

Ueber Maßnahmen hinsichtlich der Arbeitszeit und der Löhne in Bezug auf die Arbeitslosigkeit konnte sich, wie bereits gesagt, die Kommission nicht einigen. Die Unternehmer und die Arbeitnehmer haben verschiedene Anschauungen aufgestellt. Die Arbeitnehmer verlangen eine gerechte Kürzung der Arbeitszeit oder des Arbeitstages bzw. der Arbeitswoche. Mit Rücksicht auf die Steigerung des Ertrags, der in der Industrie durch die Vervollkommnung der Produktionsmethoden entstanden ist, fordern sie direkte Mittel, um die Arbeitslöhne zu steigern in den Ländern, in denen die Löhne augenblicklich ungenügend sind, um dadurch einen unerträglichen Faktor der Konkurrenz zu beseitigen und die Kaufkraft zu steigern. Die Unternehmer erklären dagegen, daß die von den Arbeitern vorgeschlagenen Maßnahmen nicht nur unwirksam seien, sondern noch viel größere und schwerere Unruhen hervorzurufen könnten. Sie sind überzeugt, daß eine der wichtigsten Maßnahmen um das wirtschaftliche Gleichgewicht wieder herzustellen, darin bestehen muß, die Produktionskosten und die Handelspreise in der Weise zu vermindern, daß die Kaufkraft der Gesamtheit der Verbraucher durch eine Erweiterung der Beschäftigung erreicht wird. Die kommende Entwicklung wird wohl lehren, wer recht hat, wenn man über Palliativmittel hinaus, die Arbeitslosigkeit von Grund auf bekämpfen will, wie es die Arbeiterschaft fordert.

Abbau der Groß„verdiener“?

In einer Zeit, in der man im Reichstag, in den Landtagen und Stadtverordnetenversammlungen müde Kämpfe darüber ausficht, ob man den kleinen Beamten und Angestellten vier oder sechs Prozent ihres Gehalts zu kürzen hat, wirt es grotesk, daß wir immer noch verschiedene Sorten von Groß„verdienern“ haben, denen die Weltwirtschaftskrise und der drohende Bankrott der deutschen Staatswirtschaft absolut nichts anzuhaben vermag.

Nehmen wir die wichtigsten Kategorien dieser Großverdiener einmal unter die Lupe, um zu zeigen, wo der „Lohnbau“ am gründlichsten einzusetzen hat.

Generaldirektoren

Der Generaldirektor ist der König im Reich des Geldverdienens. Er gehört mit Recht an die Spitze derer, die rasch und gründlich zu „verdienen“ verstehen.

Nach unwiderprochenen Zeitungsmeldungen bezieht:

Der Generaldirektor des Siemens-Konzerns	800 000 M.
Der Generaldirektor der Hamburg-Amerika-Linie	600 000 M.
Der Generaldirektor des Inag-Konzerns	575 000 M.
Der Generaldirektor der F. G. Farben-Industrie	500 000 M.
Der Generaldirektor des Ruhr-Montan-Trausts	400 000 M.
Ein Vorstandsmitglied der Deutschen Bank	350 000 M.
Der Generaldirektor der Reichsbank	340 000 M.
Der Generaldirektor der Rhein-Wesf. Industrie	350 000 M.
Der Direktor der Brauer Eisenindustrie	304 000 M.
Direktoren der Rhein-Wesf. Industrie	216-240 000 M.
Ein Direktor der Krupp-WG.	120 000 M.
Der Generaldirektor der Mittelrheinischen Braunkohle	250 000 M.
Ein Direktor des Stahlwerksverband	180 000 M.
Ein Direktor der Vereinigten Textilwerke	180 000 M.

Groß-Grundbesitzer

Der größte Grundbesitzer Deutschlands ist nach wie vor Wilhelm II. mit einem Grundbesitz, der ungefähr 200 Millionen Mark wert ist.

Sofort hinter ihm rangiert der Fürst von Thurn und Taxis. Sein Besitz, der sich auf Böhmen und Süddeutschland verteilt, erreicht nahezu den Wert von 200 Millionen Mark.

Der drittgrößte Grundbesitzer in Deutschland ist der Fürst zu Fürstenberg. Ihm folgt Fürst Pleß, Fürst zu Hohenlohe-Dehringen und Fürst Henkel von Donnersmarck, die an Grund-, Bergwerks- und Hüttenbesitz je 100 Millionen besitzen.

Ihnen folgt mit einem Abstand von etwa 20 bis 30 Millionen der Großherzog von Sachsen-Weimar mit einem Grundbesitz von etwa 70 Millionen.

In Westfalen sind die größten Grundbesitzer die Herzöge von Ahrenberg.

Im deutschen Osten dominieren die Großgüter der ober-schlesischen Balleystrens. An sie heran reichen lediglich die Graf Schaffgotsch und die Thiele-Winkler.

In die 30-Millionen-Kategorie gehören an abligen Großgrundbesitzern der frühere Kronprinz Wilhelm, der Herzog Albrecht von Württemberg, der Fürst von Hohenzollern-Sigmaringen und König August von Sachsen.

Dazu gibt es eine ganze Reihe von Großgrundbesitzern, die über 10 bis 20 Millionen verfügen — unter ihnen Herr von Mirbach, Herr Leiningen-Löwenstein-Wertheim und andere.

Großrentner

Mit an der Spitze der reichen Leute marschieren natürlich die Bankiers. Hier ist an erster Stelle wohl Max Warburg in Hamburg zu nennen. Durch enge Verbindungen mit dem Haus Warburg in New York verfügt die deutsche Familie über mindestens 20 bis 30 Millionen.

Geheimer Kommerzienrat Louis Hagen, Köln, und Eduard Beit in Speyer folgen mit einem „Leihkapital“ von etwa 15 Millionen. Dasselbe Vermögen werden wohl Paul Schwabach in Firma E. Bleichröder in Berlin sowie der Freiherr Alfred von Oppenheim in Köln verfügen. Auch die Inhaber des Bankhauses Goldschmidt-Rothschild, der Freiherr Albert und der Freiherr Erich von Goldschmidt-Rothschild werden etwa 15 Millionen Mark besitzen.

Mehr als 40 Millionen Mark soll der Leiter der Darmstädter und Nationalbank Jakob Goldschmidt in Händen haben. Mehr als 20 Millionen Mark Karl Fürstenberg, der Vorsitzende des Aufsichtsrates der A.G., sowie der Bankier Frik Andrae, Hauptinhaber des Bankhauses Hardy u. Co.

Dahinter folgen als Großrentner und Kapitalbesitzer Friedrich von Siemens, Herr Bayer, der Inhaber

Kammermehrheit für Laval

Franklin-Bouillons „Hitleroffensive“

Paris, 30. Jan. In der französischen Kammer gab das neue Kabinett Laval heute seine Regierungserklärung ab, dem sich eine große Ansprache angeschlossen.

Laval erklärte, die Außenpolitik Frankreichs werde durch Briand

durchgeführt, Frankreich sei dem Frieden ergeben. Aber die Einigung über die Sozialpolitik und die Politik der nationalen Verteidigung sei schwierig. Auch die Valenfrage trenne die Parteien. Er habe eine Regierung gebildet, nicht um zu kämpfen, sondern um zu arbeiten. Das Land werde es denen „danken“ müssen, die sich für diese Arbeit um die Regierung scharten. Schließlich geht die Regierungserklärung auf die Weltwirtschaftskrise ein und betont, daß Frankreich gerade jetzt davon betroffen werde. Die Erklärungen Brandtats am Schluß noch die Spekulationsmanöver und liefert den Sparten den Schluß der Regierung zu.

Die Sozialisten machten scharfe Opposition gegen die Rechtsentwicklung. Der sozialistische Abgeordnete Paul Faure erinnerte an die Tatsache, daß er noch 1919 mit Laval im gleichen Wahlkreis und auf dem gleichen Wahllokal kandidiert habe. Die sozialistische Partei habe sich in Laval auf schwerste geteilt. Die Regierung Lavals wird nur eine Uebergangsregierung sein und soll den Platz für Lardieu freihalten.

Sofort erhob sich Lardieu, als wenn er noch Ministerpräsident wäre, um zu protestieren.

Deutsche Volkspartei und Finanzfragen

Die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei beschloß heute am Donnerstag und Freitag mit der Finanzlage des Reichs.

Die Auffassung der Fraktion über die Unrichtigkeit der Etatsätze in den Einnahmen und die nicht genügende Bewertung des Niederganges der Konjunktur ist inzwischen durch die Ausführungen des Herrn Reichsfinanzministers im Haushaltsausschuß ausdrücklich bekämpft worden. Da gleichwohl der Reichsfinanzminister bis jetzt keine Anstalten getroffen hat, den Reichshaushalt durch die im dem Antrag der Deutschen Volkspartei geforderte Erparnis von mindestens 300 Millionen Mark vor der von ihm selbst gestellten Gefahr zu schützen, hat die Reichstagsfraktion ihren Vorschlag beantragt, dem Herrn Reichskanzler seinen Zweifel darüber zu lassen, daß die Fraktion mit aller Entschiedenheit auf ihrer Forderung beharren müsse. Die Fraktion wird in einer weiteren Sitzung beim Zusammentritt des Reichstags zu dem Ergeb-

nis der Abstimmung über die Tagesordnung Lavigier führte der Abgeordnete Franklin-Bouillon

aus, er sei jetzt auch zu der Ueberzeugung gekommen, daß eine Konzentration der Mitte in dieser Kammer unmöglich sei. Die Kammer könne ihre Zusammenfassung nicht verweigern und nur eine nationale Einigung zustande bringen. Zu den Sozialisten gewandt, fragte er, ob es wahr sei, daß sie von ihren deutschen Kameraden davon benachrichtigt seien, daß

Deutschland am Vorabend eines Bürgerkrieges stehe. (Beifall rechts, lebhafter Protest bei den Sozialisten). Nach Auskunft der Polizei, so behauptet Franklin-Bouillon weiter, seien 400 000 Anhänger Hitlers zwischen Berlin und der polnischen Grenze zusammengelagert.

Diese Macht könnte jeden Augenblick dazu benutzt werden, entweder einen

Ueberfall auf Polen auszuüben oder neuen Berlin loszusumathieren.

Nachdem der erste Teil der Tagesordnung mit 312 gegen 258 Stimmen, also mit 54 Stimmen Mehrheit, für die Regierung angenommen worden war, wird gegen Ritternacht das Ergebnis der zweiten Abstimmung durch den Präsidenten bekanntgegeben. Der ursprüngliche Wortlaut der Tagesordnung Lavigier ist gemäß dem Wunsch der Regierung mit 309 gegen 258 Stimmen, also mit 51 Stimmen Mehrheit, angenommen. Die gesamte Tagesordnung Lavigier wird dann durch Handaufheben gebilligt. Die Regierung hat also endgültig gesiegt.

Die Besprechungen mit dem Herrn Reichskanzler Stellung nehmen.

Es wird der Volkspartei niemand verübeln, daß sie „auf ihrer Forderung beharrt“. Etwas anderes ist es aber, ob sie auch auf ihrer Erfüllung unter allen Umständen zu bestehen beabsichtigt. Davon ist allerdings in der obigen Entschließung nichts zu lesen. Tatsächlich scheint es, daß die Mehrheit der volksparteilichen Fraktion es nicht auf einen Konflikt mit der Reichsregierung ankommen lassen will. Aber wenn die Herren Volksparteiler schon Abstriche fordern, dann sollten sie mindestens auch sagen, wo die Abstriche vorgenommen werden sollen.

Festsetzung des Vermahlungszwanges für Inlandweizen

Unter Ablehnung aller anderen Anträge wurden vom Volkswirtschaftlichen Ausschuss des Reichstages die vorerwähnten Vermahlungszwangsquoten genehmigt, d. h. in den Monaten Februar und März sind je 75 Prozent, in den Monaten April und Mai je 85 Prozent und in den Monaten Juni und Juli je 90 Prozent Inlandweizen zu vermahlen.

der großen Werke in Leperkusen, der Generaldirektor der J. G. Farben Karl Bosch ist.

Großpensionäre

Auch die Großpensionäre der Republik können sich mit ihrem Jahreseinkommen neben den übrigen Großverdienern sehen lassen. Die Republik zahlt gegenwärtig an 1800 Minister, Staatssekretäre, Generale und Admirale Pensionen im Betrag von etwa 24 Millionen Mark. Unter ihnen befinden sich eine ganze Anzahl von „Doppelverdienern“:

Table with 2 columns: Name and Pension Amount. Includes Dr. Wilhelm Cuno (18 285 M), Dr. Hans Luther (18 285 M), Paul von Hinder, Staatssekretär a. D. (24 960 M), etc.

Bühnentiger

Auch bei den Großverdienern der Bühne könnte ein weitreichender Lohnabbau nichts schaden. Die Berliner Diktator Rottger zahlt Richard Tauber für jeden Abend 2600 Mark. Käthe Dorsch erhielt im vergangenen Jahr für 200 Abende je 1500 Mark. Ebenso hoch wurde Michael Bohnen bezahlt. Albert Wassermann und Werner Krauß treten nicht unter 1200 Mark für den Abend auf. Fritz Kortner bezog früher am Staatstheater eine Jahresgage von 120000 Mark. Das Ehepaar Fallenberg-Massary verdient täglich etwa 3-4000 Mark. Elisabeth Bergner hat im vergangenen Jahr etwa 1500 Mark Tagesgage erhalten.

Ein Abbau der Stargelälter wird wohl nicht zu umgehen sein.

Filmlaunen

Noch lukrativer wie bei der Bühne hat man das „Geschäft“ der Prominenten beim Film ausgebaut. Jeder bekannte Filmschauspieler führt förmlich seine eigene Firma, nach kaufmännischem Muster, um den Höchstbetrag seiner Arbeit herauszuholen. Chaplin, Harold Lloyd, Buster Keaton und Douglas Fairbanks sind seit Jahren ihre eigenen Arbeitgeber und Inhaber ihrer eigenen G. m. b. H. Aber auch in Deutschland wird ganz anständig verdient. Hans Albers erhält für jeden Film 100 000 Mark. Willy Fritsch soll sich mit 12 000 Mark begnügen. Lillian Harvey, Jannings und Conrad Veidt sollen in Hollywood Riesensummen verdient haben.

Der Lohnabbau hat also nach den primitivsten Grundsätzen der sozialen Gerechtigkeit in erster Linie bei den Prominenten zu beginnen. Hier ist bei den Generaldirektoren, den Großgrundbesitzern, den Großrentnern, den Großpensionären und den Prominenten von Bühne und Film immer noch etwas zu holen.

Die finanzielle Grundlage der Arbeitslosenversicherung

Die Einnahmen der Arbeitslosenversicherung werden unter Einrechnung des Rückstands der Versicherungsbeiträge und des Lohnabbaus auf 1680 Millionen geschätzt; davon werden 1478 Millionen allein für Unterstützung bereitgestellt. Die durchschnittliche Unterstützung eines Arbeitslosen wird pro Monat mit 70,50 Mark geschätzt; sie betrug vor der Leistungslenkung rund 80 Mark. Für Kopfarbeiter sind 45 Millionen (gegenüber 40 Millionen im Vorjahr) angesetzt.

In Handel und Industrie sind nach den Mitteilungen der Reichsanstalt 137 000 Ausländer beschäftigt; darunter befinden sich 65 000 Deutschstämmige. Schon aus diesem Grunde ist ein allgemeines Verbot der Beschäftigung von Ausländern nach der Auffassung des Reichspräsidenten der Reichsanstalt nicht möglich. Im übrigen seien wahrscheinlich mehr Deutsche im Ausland als Ausländer in Deutschland tätig.

Wieviel Deutsche zusammen im Ausland leben, interessiert weniger. Nicht unwichtig wäre es jedoch, einmal genau zu erfahren, welcher Nationalität die in den einzelnen europäischen Ländern beschäftigten fremden Arbeitskräfte angehören; denn Beschäftigung ist heute und wohl noch auf lange Zeit hinaus ein Geschenk, das respektiert werden muß.

Krupp zur Wirtschaftskrise

In der Generalversammlung der Friedrich-Krupp-A.G. führte der Vorsitzende des Aufsichtsrats, Dr. Krupp von Bohlen und Halbach u. a. aus: Schon vor langer Zeit habe er vor dem Gefahrenpunkt gewarnt, wo die Spanne zwischen Selbstkosten und Erlösen verschwinden würde. Unternehmer und Arbeiter könnten für sich in Anspruch nehmen, in den schweren Jahren der Nachkriegszeit ihre Pflicht getan zu haben. Ohne Opfer könne man aus den heutigen Schwierigkeiten nicht herauskommen. Die Selbstkostensteile und das Arbeitslosenproblem seien zwei Kernpunkte, die dringend der Lösung bedürften. Man müsse versuchen, mit dem bisherigen Aufwand an Gehältern und Löhnen mehr Leute zu beschäftigen und auf diesem Wege billiger zu produzieren. Wenn es gelänge, Arbeit und Kapital in diesem Sinne zu einer opferbereiten Gemeinschaft zusammenzuführen, sei ein Anfang zur Beseitigung der Schwierigkeiten gemacht.

Oustrickandal und Finanzminister

Die letzte Stunde benutzt

Paris, 30. Jan. Die Auslagen, die der Aufsichtsratsvorsitzende der Oustrick-Bank, Henry Manuel, vor der Untersuchungskommission gemacht hat, sind eine Sensation und für den ehemaligen Finanz- bzw. Justizminister Peret überaus beläsend. Manuel erklärte, daß das Zulassungsdekret für die Smita-Biscuit-Aktion zur Pariser Börse am 23. Juni 1928 um 11 Uhr abends kurz vor Perets Sturz unterzeichnet wurde, und zwar in Perets Privatwohnung. Am nächsten Tage, um 8 Uhr morgens, habe der neue Finanzminister Cailleur die Geschäfte übernommen. Mit dieser Aussage ist bewiesen, daß Peret im letzten Augenblick und als er nur noch mit der Führung der laufenden Geschäfte betraut war, die Zulassung der Smita-Biscuit-Aktion veranlaßt hat. Manuel bezog weiter, daß er sich deshalb so gut erinnere, weil er gerade an diesem Abend den Bankier Oustric und den Unterstaatssekretär Vidal zum Abendbrot eingeladen hatte. Beide seien aber statt um 8 Uhr, erst um 11 Uhr nachts erschienen mit der frohlichen Erklärung, daß sie im letzten Augenblick den Finanzminister zur Unterzeichnung des Zulassungsdekrets abdrückt hätten, allerdings dank des Zutriffs von Perets „Privatsekretär“. Dieser famole Privatsekretär war Perets Tochter.

Streit um die Dithilfe

Der Versuch des Reichskanzlers, den Dithilfevertrag beizulegen, ist gescheitert. Staatskommissar Wulff hat deshalb die Weisung erteilt, Beteiligungen des Reichs und Preußens an Umwidlungen der Dithilfe vorzunehmen, wenn die Generallandchaft sich verpflichtet, die Beteiligungen ihre Erbschaften zu lassen.

Bayern verklagt das Reich

Wegen des Steuervereinfachungsgegesetzes

Am 30. Januar hat die bayerische Regierung dem Staatsgerichtshof die angekündigte Klage gegen das Reich übermittelt und darin beantragt, die in der Notverordnung des Reichspräsidenten vom 1. Dezember 1930 enthaltenen Vorschriften über Steuervereinfachung und Steuervereinfachung für rechtsunwürdig zu erklären, da sie mit den Vorschriften der Reichsverfassung nicht vereinbar seien. Der Klage ist eine ausführliche Begründung beigegeben, in der es unter Vorlegung der staatsrechtlichen Verhältnisse u. a. heißt:

Das Notverordnungsrecht nach Art. 48 ist an die Reichsverfassung gebunden. Diese hat die Steuerhoheit der einzelnen Staaten auf dem Gebiet der Länderhoheit nur durch gewisse Vorschriften des Artikels 11 eingeschränkt, im übrigen aber befaßt, daß das Reich sich auf eine Grundgesetzänderung im vorgeschriebenen Rahmen zu beschränken hat.

In Bezug auf die politische Seite der Angelegenheit erklärte der Ministerpräsident Dr. Held in einer Pressekonferenz, daß die bayerische Regierung mit dieser Verfassungsfrage der Reichsregierung absolut keine Schwierigkeiten machen will. Sie hat das in Berlin wiederholt wissen lassen und damit den Eindruck erweckt, daß der Reichsregierung wenigstens in ihrer Spitze an der Verfestigung des Steuervereinfachungsgegesetzes mit der Notverordnung grundsätzlich nichts gelegen sei. Diese Regelung sei überhaupt nur auf Betreiben einer einzelnen Partei (gemeint ist die Deutsche Volkspartei, d. Red.) und der hinter ihr stehenden arbeitsindustriellen Wirtschaftsrunde erfolgt, um auf diesem Wege des Zwanges zu erreichen, was durch die ständige bayerische Reichsreform verfehlt blieb. Bayern führt sich bei der Durchführung dieser Verfassungsfrage als Vertreterin des Länderprinzips, das vollständig aufgegeben wurde, wenn die Notverordnung in dieser Richtung aufrecht erhalten bleibe. Es handelt sich bei der Ausmerzung des Steuervereinfachungsgegesetzes und der Notverordnung um ein Lebensrecht für alle Länder und nicht etwa um eine bayerische Extrawurst.

Nazistrolche

In der Nacht zum Freitag haben bisher noch unbekannte Täter an der Haupteingangstür zum Reichstag am Platz der Republik in der Selbstverleumdung mit einem Meißel ein großes Hakenkreuz eingegraben. Darunter stehen die Worte: „Juda verredet“. Die Tat wurde erst heute vormittag entdeckt. Auf die Gezielung der Vandalen wird eine Belohnung ausgesetzt werden. Zweckdienliche Angaben werden von der Abteilung Ia im Polizeipräsidium entgegengenommen.

Hakenkreuzler tören katholische Jugendversammlung

33. Bismarcks, 30. Jan. Gestern abend hielt die katholische Jugend von Bismarcks im katholischen Vereinshaus hier eine Versammlung ab, in die sich auch einige jugendliche Anhänger der nationalsozialistischen Partei eingeschlichen hatten, die die Ausführungen der beiden Redner während durch Zwischenrufe störten. Als sie am Ende der Versammlung das Sittengesetz anstimmten, kam es zu einer Schlägerei, bei der auch Stuhlbeine als Waffe benutzt wurden. Die Polizei erschien und schlichtete die Sache, die Schupo alarmiert, die aber nicht mehr in Tätigkeit zu treten brauchte, da die städtische Polizei das Feld bereits behauptete. Es gab eine Anzahl blutiger Köpfe. Verhaftungen wurden nicht vorgenommen.

Gelöbnis



„Nur 521 Versammlungsförderungen weist uns die Polizeistatistik nach gegen 1873 kommunistische. Das muß anders werden!“

Verhaftung des Reichstagsabgeordneten Münchmeyer

W.B. Duisburg, 30. Jan. Eine hier abgehaltene nationalsozialistische Versammlung, in der der Reichstagsabg. Pastor a. D. Münchmeyer über das Thema „Wer hat uns verraten?“ sprach, nahm dadurch ein vorzeitiges Ende, daß der Redner von der Polizei verhaftet wurde. Die Verhaftung erfolgte, weil Münchmeyer die Versammlungsteilnehmer aufforderte, sich die Polizeibeamten zu merken, die im Sinne des heutigen Systems besonders eifrig ihre Pflicht tun. Dieser eindeutige Vorwurf verdient endlich einmal einen Denkakt in Form einer exemplarischen Bestrafung.

Waffenlager in der Kapelle

Königsberg, 31. Jan. Im Kreise Stuhm wurde in einem Erbgebäude der Domäne Centro ein Waffenlager entdeckt. Die Polizei beschlagnahmte, wie das hiesige Kommunistenblatt meldet: 12 Maschinengewehre, 30 Gewehre und erhebliche Munitionsmengen. Die Waffen waren in einem Versteck versteckt, der in der Kapelle des Erbgebäudes in Dachhöhe angebracht war. Der Verwalter der Domäne und ein Landwirt wurden im Zusammenhang mit der Aufdeckung des Lagers verhaftet, bald jedoch wieder freigelassen. Wie es heißt, gehörten die Waffen dem Stahlhelm und den Nationalsozialisten.

Vertreter des Einzelhandels beim Reichskanzler

Der Reichskanzler empfing Freitag vormittag im Bilein von Staatssekretär Dr. Trendelenburg Vertreter der Bauvereinigungen des deutschen Einzelhandels. Sie gaben eine eingehende Darstellung der Lage des Einzelhandels.

Gandhis Friedensvorschläge

Sonstung auf Verständigung mit Indien

Gandhi hat am Freitag dem Daily Herald aus Madras nachstehendes Telegramm gesandt:

„Ich prüfe die in der Schlußrede Macdonalds zur Londoner Konferenz gegebenen Tatsachen. Auf den ersten Blick erscheinen die Zustände und das Ergebnis der Konferenz vollkommen ungenügend. Aber in Uebereinstimmung mit der Mehrheit der indischen Konferenzteilnehmer bin ich vollkommen vorurteillos in die Fragen herangetreten und auf die strengen Bitten von Sarit Sopru und Jaganath habe ich mein Urteil zurückgestellt. Ich habe eifrig nach einem Weg zu einem ehrenvollen Frieden, der eben zu jener Mehrheit führt, die sie erstrebt und fordert. Zur Schaffung einer ruhigen Atmosphäre ist die Freilassung aller politischen Gefangenen, Verhütung der unterdrückten Massen und die Rückgabe des konfiszieren Eigentums unbedingt notwendig. Die fortgesetzten Unterdrückungen machen unsere Freilassung und die Annahme wertlos und berauben sie des beabsichtigten Zwecks.“

Der Daily Herald sagt zu diesem Telegramm in einem Leitartikel, trotz aller Beschwerden Gandhis weiß man, daß neue Hoffnungen für einen friedlichen Ausgang in Indien vorhanden sind. Der baldige Weg für Verhandlungen in Indien sei offen und mit Geduld, Verständnis und gutem Willen in beiden Lagern, könne man eine Basis für einen ehrenhaften Frieden finden.

Der Goldmacherprozess

München, 30. Jan. Die heutige Sitzung des Landensprozesses begann mit der Vernehmung des Sachverständigen Dr. Sterner-Kainer aus Neudorf, der verschiedene Tausende ausrüstet hat. Der Zeuge hält nach dem letzten Stande der Wissenschaft das Tausendische Verfahren für unzulässig. Er hat auch Versuchen der Goldherstellung beigewohnt. Auch diese eraben nur ein geringes Ergebnis. Der Zeuge betraute es als wahrscheinlich, daß die sogenannten Goldmengen bereits in dem Ausgangsmaterial vorhanden waren. Die Möglichkeit einer Goldumwandlung will der Zeuge nicht absolut verneinen. Auf eine Frage des Verteidigers verneinte Dr. Sterner-Kainer die Möglichkeit, aus einem einwandfreien Ausgangsmaterial das fünfprozentige Gold herauszuholen, als vorher durch Analyse festgestellt worden sei.

Als weiterer Sachverständiger Zeuge wurde der Nahrungsmittelchemiker Prof. Schüller, Berlin vernommen. Er hat im Auftrag der Wiener Schüller-Gruppe das Verfahren Tausend einer Prüfung unterzogen. Der Zeuge hält es für möglich, daß eine Verbesserung der Goldgewinnung aus Blei erzielt werden könnte, doch sei dieses Verfahren für eine praktische Verwendung zu kostspielig. Die Theorie Tausends sei ihm als völlig unzulässig erschienen, sei sie latent.

Auf Antrag des Staatsanwaltes beschloß alsdann das Gericht, daß der Goldhülfederhalter,

den Tausend in seinem Besitz hat, herbeigeholt würde. Als der Hülfederhalter herbeigeholt war, stellte sich heraus, daß es sich um einen Hülfederhalter war, den Tausend bei dem ersten Versuch in der Münze bei sich trug. Hierzu erklärte Tausend, daß ihm zwischen dem ersten und dem zweiten Versuch in der Münze der Hülfederhalter abgenommen worden sei.

Neuer Beruf für höhere Töchter

Der geistige Niedergang des deutschen Bürgertums ist allvernehmbar. Jener Geist der Aufklärung und des Nationalismus, der das Bürgertum in der Zeit seines Aufstiegs herzhafte, ist verfliegen. An seine Stelle sind Angst und Unvertrauen in die Köpfe eingezogen. Hier ist ein Beispiel für die Geistverflüchtung der oberen Jugendkreise! Der Hannoverische Kurier, ein Blatt für die sogenannte bessere Gesellschaft, veröffentlicht folgenden Ratsschlag für die Berufswahl höherer Töchter:

„Soll unsere Töchter Wahrsagerin werden? Wie sind die Aussichten in diesem Beruf? Die amtliche Statistik hält sich in Schweigen. Der Reichsverband deutscher Wahrsagerinnen warnt eindringlich davor, malt ein düsteres Bild von Lebenslage und wirtschaftlichem Hinsinken und kommt zu dem Ergebnis: Kein Mensch weiß, was die Zukunft dem jungen Wahrsager bringt. Immerhin, der Konsum dürfte, wenn auch dem Weibe des Berufes nach verheerend, heute noch ein erheblicher sein. Doch unlängst sogar eine Anzahl von Politikern eine Wahrsagerin zu ihrem Konsilium herangezogen.“

Also, Ihr höheren Töchter, heran an den Wahrsagerinnenherd! Das bringt noch etwas ein, erhebert weder Mühe noch Vorkenntnisse und für alle Fälle gibt es sogar eine Interessengeneration!

Die Gefesselterfassung des Bürgertums von heute kann nicht besser gekennzeichnet werden. Das ist die Grundlage auf der die Leute vom Hakenkreuz ihre politischen Geschäfte machen!

Deutsche Professoren

Weimar, 30. Jan. (Eig. Drahtb.) Die Universität Jena hat den Professor der Universitätsklinik Professor Pöschel zum zweiten Mal aus dem Amt entfernt. Als vor wenigen Tagen Prof. Pöschel von der juristischen Fakultät zum Rektor ernannt wurde, ließ Herr Fried den Senat der Universität wissen, daß dieser Professor „minder genehm“ sei. Der Senat protestierte nicht etwa gegen die bewusste Wahlung der Entschuldigungsreise des Universitätsrat, sondern beklagte sich, dem parteipolitischen Mandat des Herrn Fried Rechnung zu tragen, indem er Pöschel fallen ließ, und jetzt Pöschel an seine Stelle gesetzt hat. Pöschel, weil er vor 6 Jahren Sozialdemokrat war, ohne sich jedoch in der Partei seit noch weiter politisch zu betätigen. Pöschel folgte ihm, er leitete den Ruf des Sozialdemokraten, weil er nicht gefolgt war.

Das Urteil im Jorns-Prozess

NR. Berlin, 30. Jan. In der Berufungsverhandlung des Verleumdungsprozesses gegen den Redakteur Bornstein wegen öffentlicher Verleumdung des Reichsanwalts Jorns, der seit dem 28. Oktober d. J. die Strafkammer des Landgerichts 3 beschäftigt, wird folgendes Urteil verkündet:

Das von dem Nebenkläger, Rechtsanwalt Jorns, angefochtene (freisprechende) Urteil des Schöffengerichts Mitte, wird aufgehoben. Der Angeklagte Bornstein wird wegen öffentlicher Verleumdung im Nebenklageverfahren zu einer Geldstrafe von 500 M. im Nebenklageverfahren zu 10 Tagen Gefängnis verurteilt. Der Nebenkläger erhält die Befugnis, das Urteil auf Kosten des Angeklagten im Tagebuch, im Berliner Tageblatt und in den Berliner neuesten Nachrichten zu veröffentlichen.

Stillelegung der Benzjeslausgrube

Die Benzjeslausgrube bei Reutobitz wird nach vorliegenden Befunden stillgelegt werden.

Freistaat Baden Brotpreiserhöhung infolge Mehlpriiserhöhung?

Vom Badischen Bäder-Innungsverband wird uns geschrieben: Der Aufforderung der Reichsregierung auf Preisabbau hat das badische Bädergewerbe weitgehendst Folge geleistet, unter der Voraussetzung, daß eine Senkung der Preise für Mehl, Rohstoffe, der Unkosten usw. folgen werde. Abgesehen von einer Ermäßigung der Bäckereipreise, die sich aber kalkulatorisch im Brotpreis nicht auswirken kann, ist bis heute der erwartete Preisabbau von dritter Seite nicht erfolgt, sondern es zeigt sich bei den Mehlpreisen gerade das Gegenteil. Gegenüber den Bäckereipreisen von November und Dezember ist bereits heute ein Aufschlag auf Weizenmehl in Höhe von 1,25 M. und auf Roggenmehl von 2,25 M. der 100 Kilo zu verzeichnen. Nach Mitteilung der Mühlen ist ein weiterer Aufschlag in den nächsten Tagen zu erwarten. Da für die Gestaltung der Brotpreise einig und allein der Mehlpreis bestimmend ist (90 Pfa. Mehlpriiserhöhung bedingen einen Aufschlag von 1 Pfa. auf 3 Pfund Brot), so sieht sich das Bädergewerbe zu seinem Bedauern gezwungen, die Verbraucherpflicht jetzt schon darauf aufmerksam zu machen, daß eine Brotpreiserhöhung unvermeidlich ist, wenn die Mehlpreise nicht wieder eine Ermäßigung erfahren. Das Bädergewerbe ist nicht in der Lage, die Folgen brotpreiserhöhender Zollpolitik und Kartarmassnahmen auf sich zu nehmen.

Sieht so die „Preisentwicklung“ aus? Die Arbeiterschaft hat etwas ganz anderes erwartet als eine solche Entwicklung. Der Streit zwischen Brotpreis und Mehlpreis — hier wirkt sich wieder einmal die Zollerhöhung aus — muß geschlichtet werden und zwar so, daß eine Brotpreiserhöhung unter allen Umständen vermieden wird. Die maßgebenden Behörden werden sich klar sein darüber, welches Maß von Vertrauen auf dem Spiel steht. Wir warnen!

Elektrifizierung der Ost-Weststrecke und Arbeitsmarkt

Von zutändiger Seite wird uns geschrieben: Da es sich bei der Elektrifizierung der Strecke Stuttgart-Karlsruhe um ein gemeinsames württembergisch-badisches Interesse handelt, sind die beiden zuständigen Ministerien am 22. Januar ds. Js. in Berlin bei maßgebenden Stellen vorstellig geworden. Die Verhandlungslage ist nun so, daß ein Unterausschuß der Reichsbahn die technischen und finanziellen Voraussetzungen prüft, um einen endgültigen Entschluß wegen Elektrifizierung der Strecke von Stuttgart bis Karlsruhe vorzubereiten. Diese ist eine Frage der Rentabilität und eine Frage der Verlastung des erforderlichen Kapitals. Nach beiden Richtungen erhebt das badische Finanzministerium, wie mit einem Artikel der Karlsruher Zeitung entnommen, von der Arbeit des Ausschusses den Erfolg, daß eine Vereinbarung mit der Reichsbahn wegen der alsbaldigen Fortführung der Arbeiten wenigstens zunächst bis Karlsruhe und Bruchsal zu Stande kommt. Sehr förderlich scheint dabei die Möglichkeit, der Reichsbahn preiswerten Strom aus badischen Wasserkraften anbieten zu können. Auch diese Sonderfrage wird Gegenstand der gemeinsamen Prüfung in den nächsten Wochen sein. Ende Februar soll der Unterausschuß der Reichsbahndirektion seine Arbeiten abschließen haben und das Ergebnis soll dann dem technischen Ausschuss des Verwaltungsrats der Reichsbahn vorgelegt werden, wobei das Meinum des Verwaltungsrats in seiner Mitteilung einen endgültigen Entschluß lösen kann. Der nächste Verlauf der neuesten Verhandlungen, so heißt es am Schluß der Abhandlung, eröffne gute Aussichten auf eine härtere Belegung des Preiswertes in Baden nicht nur durch Vorfertigkeit der Industrie, sondern auch durch den unter Umständen damit bedingten Bau von weiteren Wasserkraftwerken.

Pfarrer Eckerts Kampf gegen den Faschismus

Er lehnt die unerhörten Zumutungen der reaktionären Kirchenbehörde ab

Der evangelische Prediger für den Pfarrer Hindenburg verantwortlich scheint, hat, wie schon mitgeteilt, am 28. Januar 1931 mit der Ueberschrift „Pfarrer Eckert“ folgende Schlüsselsätze der bürgerlichen Presse zur Veröffentlichung gegeben: „Pfarrer Eckert gehört — seine Bekehrung gegen den Verweis ist vernünftig.“

Pfarrer Eckert hat vor dem Oberkirchenrat erklärt, daß er das ihm auferlegte Reberverbot für die Versammlungen in Reutstadt a. d. B. am 14. und 21. d. M., als zulässig nicht anerkenne, aber trotzdem befolgt hätte, wenn die Versammlungen staatsfeindlich nicht verboten worden wären.

Demgegenüber wird nun der Mannheimer Volksstimme geschrieben: Die beabsichtigte Verurteilung durch das offizielle badische evangelische Presseamt, hinter dem man mit Recht den Oberkirchenrat vermuten kann, besteht darin, daß durch die Schlagzeile der Einbruch erzwungen werden soll, als ob Genosse Pfarrer Eckert sich dem Verbot des Präsidenten der evangelischen Landeskirche in den anwesenden Versammlungen zu Reutstadt zu sprechen ohne Protest und ohne sich gegen die Verweigerung seiner staatsbürgerlichen Rechte zur Wehr zu setzen, gefügt habe.

Dem Genossen Eckert war vor dem Termin der Versammlung keine Versammlungsmöglichkeit zur Rückgängigmachung des oberkirchenrätlichen Erlasses und zur Aufhebung des Sprechverbots gegeben. Er hat darum den Parteigenossen in Reutstadt erklären müssen, daß er nicht reden könne, weil der Oberkirchenrat ihm Unrecht und Gewalt antue.

Es ist eine eigenartige Auffassung des Herrn Hindenburg und des Oberkirchenrats, daß Genosse Eckert dem Verbot, von dem wir alle die Ansicht haben, daß es zu Unrecht erlassen ist, gehorcht habe, wenn er unter Protest gegen dieses Verbot der breitesten Öffentlichkeit durch seine Nichtteilnahme an der Versammlung deutlich

Zollerhöhungs-Unfug

Zollkonflikt zwischen Deutschland und Schweiz auf badischem Boden - Die Arbeiter müssen die Kosten zahlen

Die Zollerhöhungen unmittelbar zur Vermehrung der Arbeitslosigkeit beizutragen vermögen, dafür liefert ein Wirtschaftskonflikt den Beweis, der gegenwärtig auf badischem Boden zwischen der deutschen und der schweizerischen Kobaluminiumindustrie spielt.

Am 1. August vergangenen Jahres wurde ein deutscher Kobaluminiumzoll eingeführt, mit der Begründung, daß man damit die wachsende amerikanische Konkurrenz in Europa und insbesondere in Deutschland fernhalten wollte; die deutschen Walzwerksprodukte sollten das war die Bedingung für die Einführung des Zolls, im Inland verteuert werden. Bis zur Einführung des Aluminiumzolls hat nur die schweizerische Aluminiumindustrie A.G. in Neuchâtel für Kobaluminium in ihren auf badischem Boden liegenden Walzwerken in Eningen, Tettingen und Willingen verarbeitet. Seit ein Einfuhrzoll gesetzt worden muß, ist nun der schweizerischen Werke die Weiterverarbeitung in Deutschland zu fast völliger Unmöglichkeit geworden, und es droht die Gefahr, daß mehr als die Hälfte der 1300 Mann betragenden Belegschaft der schweizerischen Werke in Deutschland hantlos wird. Die schweizerische Firma hat nun die deutsche Regierung gebeten, zur Aufrechterhaltung der deutschen Walzwerksbetriebe, die für das schweizer Kobaluminium durch das Baden nur eine Veredelung vornehmen, für diesen Veredelungsverkehr die zollfreie Einfuhr zu gestatten. Das schweizerische Unternehmen will sich verpflichten, daß die in den deutschen Werken hergestellten Halbbrakete wieder ausgeführt werden, so daß sie den deutschen Markt nicht verlassen. Die deutsche Regierung hat aber diesen Antrag mit der Begründung abgelehnt, daß seine Genehmigung den Abzug der deutschen Kobaluminiumproduzenten schädigen würde.

Begreiflicherweise erklärten die Schweizer daraufhin, daß sie kein Interesse mehr daran hätten, in den deutschen Betrieben noch ar-

beiten zu lassen, umso mehr, als man ihnen nicht zumuten könne, ihre eigene Kobaluminiumproduktion liegen zu lassen und in Deutschland hergestelltes Kobaluminium zu verarbeiten. Gleichzeitig hat der Abtransport der Walzstrahlen auf den deutschen Werken und deren Aufstellung auf schweizerischem Boden begonnen, womit die Freilegung eines großen Teils der deutschen Arbeiter in den auf deutschem Boden gelegenen schweizerischen Werken fast zur Gewissheit geworden ist. Die Bemühungen der Betriebsräte der gefährdeten Belegschaften, den Werken die schweizerische Veredelungsarbeit zu erhalten, waren bisher ebenfalls vergeblich.

An diesem Fall ist einmal interessant, daß tatsächlich die Einführung einer Zollerhöhung, die auch hier mit der Begründung des Schutzes der nationalen Arbeit vorgenommen wurde, unmittelbar Arbeitslosigkeit zur Folge zu haben droht. Zum anderen aber ist schwer begreiflich, weshalb die deutsche Regierung den Antrag, Zollfreiheit für den schweizerischen Veredelungsverkehr zu gewähren, ablehnend gegenübersteht, nachdem die Schweiz die Garantie dafür übernimmt, daß die Aluminiumfabrikate auf dem deutschen Markt nicht verkauft werden sollen. Es ist durchaus nichts Neues, daß für solchen Veredelungsverkehr Ausnahmen von den Zollbestimmungen festgelegt werden, und es wäre für den deutschen Arbeitsmarkt und auch für die guten Handelsbeziehungen der Schweiz geradezu gefährlich, wenn man im Augenblick einer schweren Wirtschaftskrise diese volkswirtschaftlich selbstverständliche Ausnahme in den Zollgesetzen nicht zugeben wollte. Es ist nun gewiss so, daß innerhalb des europäischen Aluminiumzollens Gegenläufe zwischen den deutschen und den schweizerischen Kobaluminiumerzeugern bestehen. Diese Gegenläufe aber überflüssigerweise mit der Brotlosmachung von annähernd 1000 Arbeitern bezahlen zu lassen, wäre heute einfach nicht zu verantworten.

machen wollte, mit welcher rinzosen Entschlossenheit sich der badische Kirchenpräsident offensichtlich auf die Seite der Nationalsozialisten stellt.

Der Oberkirchenrat hat nun durch den Präsidenten von dem Genossen Eckert verlangt, daß er, wenn er sich nicht dazu bereit finden könne, seinen Kampf gegen die Nationalsozialisten für die nächste Zeit wegen der Erregung „unseres Kirchenvolkes“ aufzugeben, das Verzeichnis der von ihm abzuhaltenen politischen Versammlungen einzuschicken, damit der Oberkirchenrat seine Pflicht, die Amtsführung und der Wandel der Geistlichen zu beaufsichtigen“, erfüllen kann.

Genosse Eckert hat sich selbstverständlich geweigert, dieser unerhörten Zumutung Folge zu leisten, da seine politische Tätigkeit nicht der Disziplinargewalt des Oberkirchenrats unterliege. Er wird auch weiterhin mit aller Entschiedenheit gegen die faschistische Gefahr in der Öffentlichkeit kämpfen, soweit ihm nur Zeit übrig bleibt neben der Erfüllung seiner amtlichen und dienstlichen Pflichten.

Der Oberkirchenrat soll sich nicht wundern, wenn die durch sein ungerichtetes einseitiges und rücksichtsloses Vorgehen gegen den Genossen Eckert ausgelöste Erregung in den kirchlichen Massen die sozialistisch denkenden, sich zu einer Gefahr für den Bestand der evangelischen Landeskirche Badens auswächst.

Die Schuld an dieser drohenden Entwicklung liegt bei dem Oberkirchenrat, der sich in völliger Verkennung seiner Aufgaben durch die Drohungen der nationalsozialistisch-faschistischen Kreise einschüchtern und zu seiner unmöglichen Haltung bestimmen läßt.

Der Heidelberger Berufungsfall

Pfarrer Günther Dehn-Berlin hat auf den Heidelberger Ruf verzichtet. Dazu wird auch aus Berlin gemeldet, daß das preussische Volksbildungsministerium ihn auf den Lehrstuhl für praktische Theologie an der Universität Halle berufen hat.

Gegenüber dem Wehrheitsguthaben der bielefelder theologischen Fakultät ist Prof. Martin Dibelius mit einem Sondergutachten an die Öffentlichkeit getreten, in dem es u. a. heißt: Der Vortrag, den Pfarrer Dehn im November 1928 in Magdeburg gehalten hat und mit dessen einzelnen Ausführungen ich mich nicht durchweg einverstanden erklären kann, enthält nichts, was ein evangelischer Theologe nicht sagen könnte. Er bezeugt vielmehr gerade mit der tiefsten Beachtung des Krisenproblems, die von der üblichen marxistischen wie von der üblichen passivistischen Auffassung weit abweicht, daß Pfarrer Dehn zum Lehrer gerade der akademischen Jugend voll geeignet ist.

Die Ursache der Heidelberger Krawalle

Die universitätspolitische Situation in Heidelberg hat sich in unwahrscheinlicher Weise zuspitzt, so daß es in der friedlichen Stadt mehrfach zu Krawallen gekommen ist. Es ist daher am Platze, die Entwicklung der Dinge einmal kurz zusammenzufassen: Den äußeren Anlaß nicht den Grund, bei der Ernennung des Privatdozenten Dr. Gumbel zum außerordentlichen Professor. Es handelte sich hierbei nur um eine Titelverleihung ohne materielle Bedeutung, eine platonische Ehre, welche Privatdozenten mit wissenschaftlichen Leistungen nach 4-5 Jahren üblicherweise zukommt. Im vorliegenden Fall dauerte es sogar über 7 Jahre, wovon nahezu zwei mit Verhandlungen über dieses Problem ausgefüllt waren. Die nationalsozialistischen Studenten erklärten nun, daß sie in Gumbel das „System“ bekämpften und beschimpften ihn als Lump, Schweinehund, Landesverräter und russischen Agenten. Da die nationalsozialistischen und torporierten Studenten den Allgemeinen Studenten-Ausschuß (AStA) beherrschten, konnten sie ihre Taktik als einen Kampf der gesamten Studentenschaft gegen einen Eindringling darstellen.

Nachdem Rektor, Senat, Fakultät und Ministerium monatelang in dieser Sache geschwiegen hatten, kam es zu einer Lombardis-Interpellation, in der die zentrale Behörde der Nationalsozialisten einfach zerplatzte. Unterrichtsminister Kemmerle verlas den Brief, den er wegen der Ernennung der Fakultät geschrieben

hatte, und die Antwort, die der Dekan und zwei angegebene Professoren, deren nationale Gefinnung bisher nie angezweifelt worden ist, Güntert und Kante, seinem Vertreter gegeben hatten.

Tatsächlich das Ministerium dem Privatdozenten Dr. Gumbel die Amtsbezeichnung „außerordentlicher Professor“ gleichzeitig mit dem Privatdozenten Dr. Glöckner verliehen wurde, so würde die Fakultät Bedenken dagegen nicht erheben.

Diese Zustimmung war in der politisch durchaus ruhigen Situation des Juli 1930 gegeben worden. Nach dem Ausbruch der faschistischen Bewegung veränderte die Fakultät davon abstrichen: „Da die Regierung vor der Verleihung des Titels eines außerordentlichen Professors an den Privatdozenten Dr. Gumbel keinerlei schriftliche Anfrage beim Dekan mit der Fakultät Zustimmung nahm, kann die Fakultät schließlich feststellen, daß sie nicht leicht in ihrer Mehrheit Bedenken erheben würde, wenn die Frage der Regierung allen Mitglieedern bekannt geworden wäre.“

Damit war offenkundig, daß vom Ministerium keinerlei Einwirkung in die akademischen Rechte aus nur verübt worden war und daß Gumbel den Titel ordnungsgemäß erhalten hatte.

Anschließend dieses Zusammenbruchs der zentralen Behörde blieb dem Nationalsozialisten nur übrig, entweder den ganzen Kampf einzustellen oder einen Kampf zu provozieren. Sie wählten das letztere. Die Forderung des AStA, er werde sich an der Reichsgründungsfeier nur beteiligen, wenn Gumbel in Zwangsurlaub geschickt werde, ist nur durch diese Abfuhr erklärbar. Denn zu solchen Forderungen ist der AStA in keiner Weise berechtigt. Und er mußte wissen, daß das Ministerium hierauf mit schriftlichen Maßnahmen antworten werde. Dies geschah in der Tat. Der AStA wurde aufsecht. Dies bedeutete, daß die Nationalsozialisten nicht mehr über die Gelder verfügen können, die jeder Student in jedem Semester für die Studentenerziehung bezahlen muß. Bei etwa 2500 Studenten und 2 M. Beitrag im Semester machte dies 5000 M. aus. Auf diese Entziehung der ideellen und materiellen Basis mußten die Nationalsozialisten mit weiteren Krawallen antworten. Trotz des in Baden bestehenden allgemeinen Demonstrationsverbots veranstalteten sie Versammlungen, wiffend, daß die Polizei einschreiten werde. Sie versuchten in der Unversität, Studenten und Sozialisten zu verprügeln und entrüsteten sich, als die Polizei daraufhin das geheizte Gebäude betrat. Am nächsten Tag forderten sie vom Rektor, daß er der Polizei für zukünftige Fälle den Zutritt zur Unversität verbiete. Sie verlangten also das Recht, die Sozialisten ungestört verprügeln zu dürfen.

Der Rektor versuchte umsonst, in einer allgemeinen Studentenversammlung die aufgeregten Gemüter zu beruhigen. Obwohl er von einem Mißverständnis bei Gumbels Ernennung sprach und einen Protest des Senats gegen die Aufhebung des AStA verlas, waren die Nationalsozialisten unerschrocken. Sie verwarfen den vom Rektor unternommenen Versuch der Einrichtuna einer neuen Studentenervertretung, verließen die Versammlung und gründeten eine sogenannte „Deutsche Studentenschaft“. Denn es handelt sich für sie um eine Machfrage, sie verlangen Gumbels Entlassung. Zu diesem Zweck wurde auch eine groteske „Volksabstimmung“ veranstaltet, an der die Einwohnerschaft Heidelbergs sich, wie die Autoren selbst betonen, ohne behördliche Kontrolle eintragen soll. Da die Witen in vielen Lokalen aufliegen und jeder sich unmaßfört mehrfach eintragen kann, sind bei den 70 000 Einwohnern Heidelbergs leicht 100 000 Stimmen selbst bei geringer Beteiligung zu erzielen. Die Behörde wird auf dieses groteske Unternehmen vermutlich gar nicht reagieren und in Gumbel die akademische Freiheit gegen den Terror der Straße verteidigen, so dem die Heidelberger Ausschreitungen vom Dienstag einen weiteren Beitrag leisten.

D' Latern erschienen

Theodor Dizer hat im 13. Jahrgang seine Karnevals-Zeitung D' Latern wieder herausgegeben und regelt in Humor und Satire mitten durch die mehswagene Zeit, Freunde des Karnevals-Sinnors dürften auf ihre Rechnung kommen.

Während der
WW
10% Rabatt

Wir wollen räumen
deshalb haben wir unsere Preise so stark ermäßigt
besonders bei Einzelstücken und Restbeständen
... und alles in unseren bekannt guten Qualitäten
Freundlieb
Sporthaus Karlsruhe

Ski-
Ausrüstung
10%
Rabatt

Hunger in Russland

Aus Moskau geht der Volksfreund ein von Anfang Januar datierter Bericht zu, der die Ernährungsverhältnisse instruktiv schildert. Wir zitieren ausgangsweise:

Wochenlang hat der Mann der Straße von den neuen „gigantischen“ Wirtschaftsplänen für 1931, für das „dritte, entscheidende“ Planjahr gehört; Ziffern um Ziffern, Pläne um Pläne rauchten empor, Millionen tummelten sich in den Reden und Willkür. Gewiss war das schön und prächtig — welcher Kulte bewachte sich nicht willig und gern an Ziffern, Tabellen, Statistiken, Diagrammen und Projekten? Aber — nach zwei Jahren armen Daseins hörte man doch durch all die Ziffern und Statistiken hindurch mit der stummen Frage: „Na, und die Lebensmittel? Wie's nun besser oder nicht?“ Endlich kam die Antwort, kamen die Zeitungen mit einem vielseitigen Artikel „Ernährungsfragen 1931“...

Was es auf Karten gibt

Wenn man mühsam die vielen Spalten geschaut hat, so blies als Quintessenz: gut wirds 1931 nicht, aber ein bißchen besser; Eier und Mehl auch ferner nur für Kinder; Butter auch noch nicht, aber mehr Margarine; Fleisch für die Schwerstarbeiter etwas mehr (und, falls es doch nicht reicht, dann dafür Fisch); überhaupt mehr Fisch, mehr Obst, mehr Konditorwaren; mehr Scheinisch etwas mehr Brot; Getreide — weiterhin nur für Schwerarbeiter; Anlässe und Schmeißen leider so knapp wie bisher, dafür falls aber mehr Seife, Petroleum und Tabak geben. Und — es bleiben „amtlich“ weiterhin „Zugarsartikell“ (ohne Notationierung, aber zu unerschwinglich hohen Preisen): Käse, Butter, Zucker, Kaugummi, bessere Konfektion, Bild, Gefäß, bessere Fischsorten. Es bleibt also ziemlich ebenso schlecht wie bisher; dafür aber ist die Presse nach Inanen und Schmierereien Berechnungen mit der trostlosen Versicherung, daß immerhin und trotz allem „die Kolosalen der Arbeiterernährung um fast 10 v. H. steigen werden.“ Doch jetzt der allgemeine Aufklärungsangriff, was eigentlich diese „fastlich“ zusehenden Kolosale sind... und eine gewisse Enttäuschung, daß man sie nicht greifbar auf Zusatzkarte als Sonderkarten bekommen soll.

„Kartensystem“ mit „Karten“, Besuchscheinen und Rationen hat man in Deutschland in den letzten Kriegsjahren in auch fastlich kennengelernt. Bei uns zeigte sich, daß die „Rationierung“ die Ernährung nicht sichern konnte; wer nicht „hintenherum“ für Ernährung sorgen, wer nicht Schleichhandelsvertriebe zu schaffen anlegen konnte, der ging an Unterernährung zugrunde.

Im kommunistischen Russland zeigt sich heute genau dasselbe, abgesehen der Staat sich hier die Versorgungspflicht durch unterschiedliche Behandlung der Bürger erleichtert hat, durch ein System, das man stolz die „klassenmäßig differenzierte Versorgung“ nennt; danach entlastet sich der Staat zunächst der Sorge für alle „unmäßigen Elemente“: alles, was an Kirchen oder sonstigen erbbourgeois Institutionen arbeitet, alles, was die M.E.F.-Zeit zur „Bourgeoisie“ gemacht hat, erhält keine Ration, muß ganz vom „freien Markt“ mit wucherischen Schleichhandelspreisen leben — oder verhungern...

Die Praxis der „klassenmäßig differenzierten Versorgung“ im besten Versorgungsgebiet (Hauptstadt Moskau) zeigt, daß selbst der Meistprivilegierte, der Moskauer Schwerarbeiter, trotz aller Differenzierungen auch heute noch nicht ausreichend vom Staate beliefert und verlorst werden kann; selbst nach den offiziellen Plänen für 1931 wird er nach Kartoffeln, Butter und Eier zu etwa einem Drittel seines Bedarfs auf dem „freien Markt“ zu kaufen müssen; für die Angestellten werden als notwendige Ergänzung durch den Privathandel angenommen: 40 v. H. des Fleischbedarfs, 80 v. H. der Butter, 60 v. H. der Milch um.

Dabei macht der Staat keine Sorge darum, daß die Preise des Privathandels dem Arbeiter und dem kleinen Angestellten den freien Erwerb dieser nötigen Zulagen unmöglich machen!... Seit einigen Wochen gibt es in Moskau neben den offiziellen Geschäften für rationierte Versorgung (zu niedrigen Preisen) eine Reihe ebenfalls offizieller staatlicher Geschäfte, in denen man zu mäßigen Preisen kaufen kann; selbst nach den offiziellen Plänen für 1931 wird er nach Kartoffeln, Butter und Eier zu etwa einem Drittel seines Bedarfs auf dem „freien Markt“ zu kaufen müssen; für die Angestellten werden als notwendige Ergänzung durch den Privathandel angenommen: 40 v. H. des Fleischbedarfs, 80 v. H. der Butter, 60 v. H. der Milch um.

Die auf allen Gebieten hat auch für Versorgung und Versorgung selbstverständlich die G.P.U. ihre Sonderstellung im differenzierten System; für das große Heer ihrer Angestellten existiert ein eigenes Warenhaus, in dem es alle rationierten und alle nicht-rationierten Artikel zu billigen Preisen gibt...

Frankreichs Arbeiterschaft fordert Abrüstung und Demokratie

Paris, 31. Jan. (Funkdienst.) Der sozialistische Gewerkschaftsbund der C.G.T. Frankreichs hat seinen seit mehreren Wochen angelegentlichsten Aufruf für den Frieden und die Abrüstung erlassen. Das Dokument beginnt mit der Feststellung, daß der Artikel 8 des Völkerbundespaktes die formelle und zwingende Verpflichtung zur Abrüstung für alle Völkerbundsstaaten auspricht. Leider hätten gewisse Regierungen sich dieser Verpflichtung immer wieder zu entziehen versucht. Es sei die Aufgabe des Proletariats, diesen widerspenstigen Regierungen ihre Pflicht aufzuzwingen. Geht es nicht anders, so sei die allgemeine, gleichzeitige und kontrollierte Abrüstung durchzuführen, dann werde man alle Friedensbemühungen zu scheitern. Zuerst mit dem Kampf für die Abrüstung müsse auch der Kampf für die Demokratie verbunden werden. Denn ohne Demokratie sei eine internationale Kontrolle der Abrüstung oder eine Befragung eventueller Verträge gegen die Abrüstungsverpflichtungen nicht denkbar. Außerdem bedrohe die Existenz gewisser Diktaturen in Europa den Frieden in höchstem Grade. Der Kampf für Frieden und Abrüstung müsse sich daher mit dem Kampf für die Demokratie verbinden. Der Aufruf ist gleichzeitig unterzeichnet von der sozialistischen Partei, der radikalischen Partei, der republikanisch-sozialistischen Partei, der Liga für Menschenrechte und dem Nationalverband ehemaliger Kriegsteilnehmer u. a. m.

Vorläufige Wettervorhersage der Badischen Landeswetterwarte

Das seit einigen Tagen über Mitteleuropa gelegene Tiefdruckgebiet wird von Süd und Nordosten her durch Kaltluft allmählich aufgefüllt und wandert langsam nach Süden. Die Kaltluft kommt aus einem Hochdruckgebiet aus Nordeuropa. Sie kann bis zu unserem Gebiet vorstoßen und uns langsame Abkühlung bringen. Schneefälle sind nur noch vereinzelt zu erwarten.

Wetterausichten für Sonntag, den 1. Februar 1931

Meist wollos, höchst vereinzelt Schneefälle und etwas kälter bei nordöstlichen Winden.

Schuhhaus Stern, Karl-Friedrichstr. 22, veranstaltet vom 31. Jan. bis 7. Februar eine billige Schuhwoche. Große Mengen moderner und guter Schuhe werden während dieser Zeit zu weit herabgesetzten Preisen verkauft. Kaufen Sie deshalb auf Vorrat, Sie sparen viel Geld. (Etwas getriggtes Interes.)

Während der Weissen Woche
10% RABATT
auf alle Waren der Abt. Wäsche — Korsetten — Damenartikel
Bis 30% Rabatt
auf sonstige zurückgesetzte Waren und Einzelstücke auch in der Schuhabteilung
Reformhaus NEUBERT Karlsruhe 29a

Sender Verkauf in Sommerkleidung
Bei diesen Preisen müssen Sie kaufen!

Sandauer
Das große Spezialhaus für Damen- und Kinder-Konfektion / Karlsruhe

Während der Weissen Woche
auf unsere so billigen Saison - Schluß - Preise noch
10% Rabatt
außerdem Sonderangebote
Wilh. Zeumer
Kaisersstraße 125/127
Pelze — Hüte — Mützen

Konkurswaren-Verkauf
Am Montag, den 2. und Dienstag, den 3. Februar jeweils nachm. 2 Uhr beg. wird werden Steinstraße 21 bei Blumenketter Herrenanzug-Strickmangel- und Damenleibwäsche und mehr mit 40% Nachlaß anverkauft.
Der Konkursverwalter:
Johann Hoff, Bäckereibf. Hand-Thoma-Str. 6. 1493

Bei diesen Preisen müssen Sie kaufen!

Tweed-Charmeusekleider 890	Satin-Charmeusekleider 1650
Tweed-Kleider 890	Tweed-Kleider 1490
Veloutin-Kleider 1250	Flamenga-Kleider 2450
Marocain-Kleider 1750	Marocain-Kleider 2350
Georgette-Kleider in allen Farben 39 ⁵⁰ 49 ⁰⁰ 59 ⁰⁰	Braut-Kleider in größter Auswahl 24 ⁵⁰ 36 ⁰⁰ 45 ⁰⁰

Kommunion- und Konfirmanden-Kleider

Wollwaren-Versteigerung
Montag, den 2. u. Dienstag, den 3. Febr. jeweils 9 1/2 u. 2 1/2 beginnend, aus Kontur bezim. gerichtet. Vergleichsverfahren, im Lokal Körnerstraße 18
eine Partie Trikotasen, Woll- und Weißwaren für Damen, Knaben und Mädchen, Babywäsche, ferner Herrenhemden, Kragen usw.
Gehebelstraße 18
Hefsch Telefon 2725

Grammophon - Mechaniker
Reparaturen, Fedeln, Ersatzteile usw. billigest Komme ins Haus Postkarte gen. Söldinger, Ruppurrerstraße 8

Zwangsversteigerung
II V.T. 21/30.
Im Zwangsversteigerung des Notariats VI Karlsruhe
Mittwoch, den 1. April 1931, nachmittags 3 Uhr
In seinen Diensträumen, Kaiserstr. 184, St. Zimmer Nr. 14, das Grundbuchamt, die Erbengemeinschaft zwischen Frau Julie Mathes-Reiter in Berlin-Schöneberg, Klavierlehrerin in Berlin-Kolnheim, Dr. Josef Kurt Ritter, prakt. Zahnarzt in Hordheim bei Donauwörth und Gemarlung Karlsruhe.
Die Versteigerung wurde am 6. Juni 1930 im Grundbuch vermerkt. Die Nachweisungen über das Grundbuchamt können jedermann einsehen. Die am 6. Juni 1930 noch nicht im Grundbuch eingetragen waren, sind spätestens in der Versteigerung, vor der Aufhebung zum Bieten anzumelden und bei Nichterfüllung des Grundbuchsamt zu machen, sonst werden sie im gerichtlichen Gebot nicht und bei der Versteigerung erst nach dem Anpruch des Gläubigers und nach den übrigen Rechten berücksichtigt. Wer ein Recht gegen die Versteigerung hat, muß das Verfahren vor dem Aufgänger aufheben oder einwirken einstellen lassen, sonst tritt für das Recht der Versteigerungserlöse an die Stelle des verfallenen Gegenstandes.

Friedrichshof
Sonntag, den 1. Februar 1931
Bockbierfest
ab 5 Uhr im Gartensaal mit humoristischem Konzert, im Festsaal ab 7 Uhr Tanz
1493 Eintritt frei

Gesamtverband der Arbeitnehmer
Zentr. Zentralverband der Hausangestellten, Ortsgruppe Karlsruhe, Sofienstraße 20, 2. Stock
Telefon 7985 und 7986
Mittwoch, den 4. Febr. 1931, abends 8 Uhr im „Balkhaus“, Schützenstraße 16
Hausangestellten-Versammlung
Tageordnung:
1. Vortrag des Kollegen Lambrecht vom Hauptverband Berlin
„Stiefhender der sozialen Gesetzgebung“
2. Die Verhandlungen mit dem Karlsruher Hausfrauenverband über die Lohnabstimmung.
Berichterstatter: Kollege W. Koch
Anschließend an die Verlesung findet ein „Bauer Abend“ statt. Hierin haben wir alle Versammelten und Hausangestellte herzlich eingeladen.
Die Erbschaftsteuer
Das Konturverfahren über das Vermögen der Firma W. H. Weiler, Inhaber Karl Weiler in Karlsruhe, Anwartschaft 75 wurde nach Abklärung des Schlichterminns aufgehoben.
Karlsruhe, den 29. Januar 1931. Geschäftsstelle des Amtsgerichts A. 4. 353

Ettlinger Anzeigen
Die Steuerliste über die im Rechnungsjahr 1931/32 abgabepflichtigen Gebäudebesitzer liegt gemäß § 7 der Vollzugsverordnung zum Grundsteuer-Gesetz vom 2. bis 9. Februar 1931, auf dem Rathaus — Zimmer Nr. 11 — zur Einsichtnahme der Beteiligten während der Dienststunden auf.
Ettlingen, den 30. Januar 1931
Der Bürgermeister

Wahl der Bezirksräte und Kreisabgeordneten
Mit Einschließung vom 8. Januar 1931 hat der Landestagspräsident für die Kreise Karlsruhe und Baden die am 16. November 1930 in der Gemeinde Grämbach vorgenommene Wahl der Bezirksräte und Kreisabgeordneten wegen Verlegung öffentlicher Verkehrsmittel für ungültig erklärt. In dieser Gemeinde ist demnach die Wahl der Kreisabgeordneten und Bezirksräte nachträglich anzunehmen; hierfür sind für die erste Wahl einzigerstellen und angestrichen Wahlberechtigten bzw. Stimmzettel möglicherweise die Wahl wird sich auf die Gemeinde Grämbach beschränken und in Verbindung mit den in Grämbach stattfindenden neuen Gemeindevahlen vorgenommen werden.
Karlsruhe, den 26. Januar 1931.
Der Regierungspräsident für den Amtsbezirk Karlsruhe.
Dr. Baur

Gaggenauer Anzeigen
Zur Monatsabschluss wegen bleibt die Stadtkasse am Samstag, den 31. Januar 1931 geschlossen.
Gaggenau, den 27. Januar 1931.
Stadtkasse: Meier

Gaggenau
Touristenverein Die Naturfreunde
Heute abends 8 Uhr im Gasth. „zum Kreuz“
Lichtbilder-Vortrag
mit dem Thema „Eine Fahrt ins Laßfeld“
Bei Herr Hauptlehrer G. G. Die Naturfreunde sind hierzu freudlich eingeladen.
Eintritt frei!

Zwangsversteigerung
6 V. 39/30
Im Zwangsversteigerung des Notariats VI Karlsruhe
am Dienstag, den 21. April 1931, nachmittags 3 Uhr
im Rathaus zu Karlsruhe die Grundstücke der Frau Müller III., Gemüschändler Ehefrau, Pina geb. Huber in Karlsruhe auf Gemarlung Blantenloch.
Die Versteigerung wurde am 2. Dezember 1930 im Grundbuch vermerkt. Die Nachweisungen über die Grundstücke im Grundbuchamt können jedermann einsehen. Rechte, die am 2. Dezember 1930 noch nicht im Grundbuch eingetragen waren, sind spätestens in der Versteigerung, vor der Aufhebung zum Bieten anzumelden und bei Nichterfüllung des Grundbuchsamt zu machen, sonst werden sie im gerichtlichen Gebot nicht und bei der Versteigerung erst nach dem Anpruch des Gläubigers und nach den übrigen Rechten berücksichtigt. Wer ein Recht gegen die Versteigerung hat, muß das Verfahren vor dem Aufgänger aufheben, oder einwirken einstellen lassen, sonst tritt für das Recht der Versteigerungserlöse an die Stelle des verfallenen Gegenstandes.
354

Grundbuchsbeschriftung
Grundbuch von Blantenloch Band 27 Heft 33:
Geb. Nr. 3735; 5 a 86 am Acker.
Gewann Geigersäcker.
Schätzungswert 120 RM.
Geb. Nr. 3729; 5 a 01 am Acker.
Gewann Geigersäcker.
Schätzungswert 150 RM.
Geb. Nr. 4468/1; 3 a 05 am Hofreite mit Gebäulichkeiten und Hausgarten. Linfenheimerstr. 23
Schätzungswert 10 000 RM.
Geb. Nr. 4472/1; 0 a 65 am Hofreite und Hausgarten.
Auf der Hofreite steht:
a) ein einfaches Wohnhaus mit Balkenteller
b) ein einfaches Hof mit Stall und Scheuneställen.
c) eine einfache Scheuer mit Eisenbalkenteller und Stall.
Schätzungswert 270 RM.
Karlsruhe, den 26. Januar 1931.
Badisches Notariat VI — als Vollstreckungsgericht —

Durlacher Anzeigen
Gemeinde, Kreis- u. Gebäude-sondersteuer
Die Zahlungspflichtigen werden hiermit angefordert, die jährlichen Antragsblätter bis zum 6. Febr. 1931 zu entrichten. Wer bis dahin keinen Antrag eingereicht hat, hat die neuen Antragsblätter zu besorgen und außerdem die Rollen der Zwangsversteigerung zu tragen.
Durlach, den 31. Januar 1931.
Stadtkasse Durlach.

Friedrichshof
Sonntag, den 1. Februar 1931
Bockbierfest
ab 5 Uhr im Gartensaal mit humoristischem Konzert, im Festsaal ab 7 Uhr Tanz
1493 Eintritt frei

Ettlinger Anzeigen
Die Steuerliste über die im Rechnungsjahr 1931/32 abgabepflichtigen Gebäudebesitzer liegt gemäß § 7 der Vollzugsverordnung zum Grundsteuer-Gesetz vom 2. bis 9. Februar 1931, auf dem Rathaus — Zimmer Nr. 11 — zur Einsichtnahme der Beteiligten während der Dienststunden auf.
Ettlingen, den 30. Januar 1931
Der Bürgermeister

Zwangsversteigerung
6 V. 39/30
Im Zwangsversteigerung des Notariats VI Karlsruhe
am Dienstag, den 21. April 1931, nachmittags 3 Uhr
im Rathaus zu Karlsruhe die Grundstücke der Frau Müller III., Gemüschändler Ehefrau, Pina geb. Huber in Karlsruhe auf Gemarlung Blantenloch.
Die Versteigerung wurde am 2. Dezember 1930 im Grundbuch vermerkt. Die Nachweisungen über die Grundstücke im Grundbuchamt können jedermann einsehen. Rechte, die am 2. Dezember 1930 noch nicht im Grundbuch eingetragen waren, sind spätestens in der Versteigerung, vor der Aufhebung zum Bieten anzumelden und bei Nichterfüllung des Grundbuchsamt zu machen, sonst werden sie im gerichtlichen Gebot nicht und bei der Versteigerung erst nach dem Anpruch des Gläubigers und nach den übrigen Rechten berücksichtigt. Wer ein Recht gegen die Versteigerung hat, muß das Verfahren vor dem Aufgänger aufheben, oder einwirken einstellen lassen, sonst tritt für das Recht der Versteigerungserlöse an die Stelle des verfallenen Gegenstandes.
354

1 Dutzend Spezial-Angebote

aus hunderten herausgegriffen

WEISSE WOCHEN

Bettdamast gestr., bruchbare Qual., 130cm breit gebäumt, schöne, dicke u. kräftige Ware	Makodamast unsere Marke »Rekord« eine Spitzenleistung	Kronendamast reine Mako, wie Seide
0.75 1.25	1.95	2.65
Haustuch 150 cm breit rote Qualität	Haustuch schwere, dauerhafte Ware, 50 cm breit	Haustuch »Aeterna« mit allmählich verstärkter Mitte
0.95	1.35	1.58
Halbleinen unsere bewährte Marke »Aeterna« mit allmählich verstärkter Mitte, diesmal nur	Halbleinen mit allmählich verst. Mitte	Ettlinger Linon elegante Qualität für Bettbezug
2.45	1.95 2.65	2.00 0.85
Makotuche schon seit 10 Jahren	„Frauenlob“ uns. Ettlinger Spezialtuch nur noch Frauenstolz	Kronentuche aus 6 Spezialhemdentuche, »rasantiert« erfüllt 100% Qualitätsware
0.48 0.78	0.78 0.65	0.62 an

SCHNEYER

Werderplatz — Kaiserstraße 95
Rheinstraße (Mühlburg)

Badisches Landestheater
Samstag, 31. Jan. *G 15
Th.-Gem. 801-910 und 901-1000

Elisabeth von England
Schauspiel von Ferdinand Schöndler
Regie: Baumhach
Mitwirkende: Ermath, Franzenorier, Klyhoff, Schreiner, Seiling, Gufe, Baumhach, Brand, Zähler, Gemmecke, Graf, Herr, Dietl, Höder, Just, O. Kienfischer, Klobbe, Kuhne, Wehner, Brüder, Schulze

Meine Schwester und ich
Operette in drei Akten und einem Pro- und Nachspiel nach Bert u. Gerneuil von Robert Blum
Gedankengänge u. Witz v. Kolb, Venanz
Dirigent: Keilberth
Regie: b. d. Trend
Mitwirkende: Genter, Jant, Seibertich, Seiling, Brand, Graf, Klobbe, Kuhne, Wehner, Müller, Brüder, Kienfischer
Anfang 15 Uhr
Ende 17.45 Uhr
Preise — 50 bis 3.50 Mk.

Abends
*A 14
Th.-Gem. 1001-1100

Leben des Drest
Große Oper von René Dirigent: Krips
Regie: Pauline Wittwintende
Mitwirkende: Brand, Genter, Jant, Seibertich, Seiling, Brand, Graf, Klobbe, Kuhne, Wehner, Müller, Brüder, Kienfischer, Klobbe, Kuhne, Wehner, Brüder, Schulze
Anfang 19.30 Uhr
Ende 22.30 Uhr
Preise D (1.00-8.00 Mk.)

Weiße Woche

Günstigste Gelegenheit, beste Qualitätsware billigst zu kaufen

Besonders vorteilhafte Angebote in Hemden, Nachthemden u. Krawatten etc.

Winterware nochmals ganz bedeutend ermäßigt

10% Rabatt

auf nicht reduzierte Waren.

HERREN-MODEHAUS
Berta Baer, Kaiserstraße 126

FESTHALE

Sonntag, den 1. Februar, von 15-18 Uhr

Humoristisches Konzert des Philharmonischen Orchesters

Mitwirkende: 1 Hanswurst, 2 frisch importierte Neger aus Kamerun 1 alte Weiberkapelle aus der C.R. Giovanni Martinelli, musikalischer Clown, ein unruhiger Geist aus dem Hypothekendiebstahl u.s.m.

Eintritt 30 Pfennig je Person, zuzügl. 10 Pfg. Veranlagungssteuer. Vorverkauf bei Herrn Stadtkassenkassier Bronner, nördlicher Stadtgartenstraße.

Die Hölle von Cayenne

Ohne literarischen Ehrgeiz, schlicht und ehrlich, erzählt ein mittelbadischer Proletarier, was er in der Fremdenlegion, bei Abd el Krim und in der französischen Strafkolonie Cayenne erlebt hat. Das Buch wird durch seine erregende Tatsachensprache zu einer leidenschaftlichen Anklage gegen den Militarismus und den militärischen Strafvollzug, erhoben in dem Sonderfall der „Legion“. Es ist gleichzeitig Anklage und Warnung und muß von Alt und Jung gelesen werden.

Preis karton. bei 192 Seiten mit fünf lebenswahren Zeichnungen und einem Umschlagbild **RM. 2.70**

Volksfreund-Buchhandlung
Karlsruhe i. B., Waldstraße 28, Fernruf 7020/21.

Eintracht

Sonntag 1. Febr., 11 Uhr

Populäres Vormittagskonzert

Alfred Hoehn

Sach: Präludium, Fuge, Allegro.
Beethoven: Sonate d-moll, op. 31.
Schumann: C-dur-Fantasie, op. 17.
Mozart: In der Nacht und Presto.
Chopin: Noct. H-dur, op. 62.
Ballade op. 62.

Karten zu **2.-1.50 u. 90** bei Bielefeld am Marktplatz u. bei Kurt Neufeldt, Waldstraße 81

Saal der Musik-Hochschule

Montag 2. Febr. 20 Uhr

Einmaliger Experimental-Abend

Hilsehen Fred Marion

Zurückkehr von Sensations-Erfolgen in Holland. Der Haagsche Courant schreibt: „Wir sahen schon viele Heilseher und Telepathen, aber keiner war annähernd so gut wie Marion.“

Karten zu 2.50, 2.-, 1.50 und 1.- bei Bielefeld am Marktplatz und bei Kurt Neufeldt, Waldstraße 81

PHÖNIX-STADION

Sonntag, den 1. Februar 1931 nachmittags 7.30 Uhr

Süddeutsche Meisterschaft

U. I. R. Fürth F. C. Phönix

Vorverkauf: Tuchhaus Evertz & Co., Waldstraße 39; auch für Erwerblose gegen Ausweis.

Auto-An- und Abfahrt nur: Parking (Durlacher Tor), 1465

Sozialdem. Partei Karlsruhe Frauensektion

General-Versammlung

Dienstag, den 19. Februar 1931, abends 8 Uhr.

Die Sozial-Gesetzgebung und ihre Auswirkung durch die Arbeiterbewegung.

Tagungsordnung:
1. Bericht von Genossin B. End über „Die Sozial-Gesetzgebung und ihre Auswirkung durch die Arbeiterbewegung“.
2. Geschäftsbericht.
3. Entwürfe.
4. Verschiedenes.

Entwürfe müssen bis zum 12. Februar bei der Vorsitzenden Genossin Berlet, Gahob-Dechstraße, eingereicht werden.

Weiße Woche

So billig wie nie!

Damenmäntel, Kleider, Pullover etc.

10 bis 30% Nachlaß

Daniels Kontektionshaus

Wilhelmsstraße 36, 1 Treppe

Ratenkaufabkommen Keine Ladenspesen

Ludwig Schweisgut

Erbsprinzenstraße 4 beim Rondelplatz

Pianos, nur beste Fabrikate!

Ein neuer Beruf!

Die mod. Kunststrickerei

auf der „Femina-Strickmaschine“

„unabhängige“ Weben, Pullover, Strickkleider, Sportartikel, bringt hoch verdient. Leicht erlernbar. Günst. Beh. Probierst. grat. u. franco

Erfrischungs- und Strumpfwerk
Neher & Fohlen, Saarbrücken 3

Schon Ihre Eltern

kaufen bei uns Möbel und waren hochzufrieden. Genau so zufrieden werden auch Sie sein, wenn Sie den Beispiel Ihrer Eltern folgen. Wir bedienen Sie fachmännisch, reell u. aufmerksam.

Als ganz besonders preiswert bieten wir an:

1 Schlafzimmer, eiche, mit 3-türigem Garderobeschrank und weißem Marmor zu **425.-**

1 Küche, natur lasiert mit Linoleum, Büfett, Kredenz, Tisch, zwei Stühle zu **195.-**

Möbel-Krämer

Karlsruhe, Kaiserstraße 30

GLORIA

Heute und morgen Sonntag zum letztenmal!

Die schönste Tonfilm-Operette der Welt!

Die Drei von der Tankstelle

mit Lilian Harvey u. Willy Fritsch

Von über 20.000 Besuchern hören Sie nur das eine Urteil: „Einzig in seiner Art!“

Neue

3.30 5.00 7.00 9.00 Uhr

Morgen Sonntag

2.00 3.30 5.30 7.10 9.00 Uhr

Jugendliche haben Zutritt

Harmonika-Spielring

KARLSRUHE

Sonntag, 1. Februar, 20 Uhr

EINTRACHT KONZERT UND BALL

Karten zu 1.50; 1.-; 50 Zigarrenhaus Meyle am Marktplatz, Mülbacher Tor, Durlacher Tor und Abendkasse.

Bei **Erkältung**

Bienen-Honig garantiert rein 1 Pfund-Glas von **1.40** Mk. an

Husten-Milchung 1/4 Pfund **20** S.

Eucalyptus und Mals-Bonbons — 145 — **Kaisers Brust-Karamellen**

Pflankuch

5% Rabatt

Wie vor dem Kriege

besitzt heute wieder jeder

3. Karlsruher

ein Sparbuch bei seiner ange-namnten

Stadt. Sparkasse Karlsruhe

Warum noch nicht jeder Karlsruher?

Neu aufgenommen:

Radolf-Supperwürfel

25 verschiedene Sorten vorrätig zu **10 Pfg.**

Hervorragend im Geschmack Von größter Ausgiebigkeit Erprobte Qualitätsware

Lebensbedürfnisverein

Abgabe nur an Mitglieder

Wie werde ich reich und glücklich?

Operette von Spoliansky
Dirigent: Keilberth
Regie: b. d. Trend
Mitwirkende: Genter, Jant, Seibertich, Seiling, Brand, Gemmecke, Graf, Herr, Dietl, Höder, Just, O. Kienfischer, Klobbe, Kuhne, Wehner, Brüder, Schulze
Anfang 19.30 Uhr
Ende nach 22 Uhr
1. Vorletzt 3.50 Mk.

Colloleum

Heute 8 Uhr
Kisch-Kop
Haber
Schwarzbauer
Entscheidungs-kampf
vogtmann
schneidener
schluß des
Varietè-Programms
Sonntag 8.30 Uhr
ringen
Homon-Kop
Kisch-Kop
Haber
vogtmann
schneidener
schluß des
Varietè-Programms

Qualitäts-Möbel

Büfett 180 cm
Credenz 180 cm
Eichen nuß poliert
430 Mark
möbelhaus Freundlich
Kronenstr. 37/39

Sage läßt, Resina oder Holz zu lauten
schickt Zug. unt. 107
an d. Goldpremdbüro.

Wie werde ich reich und glücklich?

Operette von Spoliansky
Dirigent: Keilberth
Regie: b. d. Trend
Mitwirkende: Genter, Jant, Seibertich, Seiling, Brand, Gemmecke, Graf, Herr, Dietl, Höder, Just, O. Kienfischer, Klobbe, Kuhne, Wehner, Brüder, Schulze
Anfang 19.30 Uhr
Ende nach 22 Uhr
1. Vorletzt 3.50 Mk.

Farben, Lacke etc.

gebrauchsfertig

für Anstriche aller Art
vorteilhaft in Farben
Waldstr. 15, b. Colosseum

Gesucht Bürohilfe (In)

mit ordentlich Schrift.
Kanzelotz, Gehaltsan-
sprüche nebst Rückporto
aut. Nr. 1499 b. Volk-
freundbüro.

Grippe

Weinbrand Verschnitt **3.50** Mk.
1/2 Fl. **2.00** Mk.

Weinbrand **4.00** Mk.
1/2 Fl. **2.30** Mk.
Probierflasche **1.00**

Preise mit Glas

Rum, Arrak, Kirsch- und Zweischesen Wasser

Plankuch 5% Rabatt

Ludwig Schweisgut

Erbsprinzenstraße 4 beim Rondelplatz

Pianos, nur beste Fabrikate!

Ein neuer Beruf!

Die mod. Kunststrickerei

auf der „Femina-Strickmaschine“

„unabhängige“ Weben, Pullover, Strickkleider, Sportartikel, bringt hoch verdient. Leicht erlernbar. Günst. Beh. Probierst. grat. u. franco

Erfrischungs- und Strumpfwerk
Neher & Fohlen, Saarbrücken 3

Die Polizei berichtet:

Raubverbrechen

Eine ledige 21 Jahre alte Krankenschwester erstattete am Freitag abend der Polizei die Anzeige, daß sie am Donnerstag abend auf dem Wege nach ihrer Wohnung in der südlichen Hildpromenade von einem Manne, der sie verfolgt hatte, kurz vor ihrer Wohnung eingeholt, angehalten und am Hals gewürgt worden sei. Gleichzeitig habe der Täter versucht, ihr die Handtasche zu entreißen. Infolge ihrer Gegenwehr und Stürze habe er jedoch abgelaufen und sei in Richtung Kochstraße geflüchtet. Ermittlungen sind im Gange.

Selbstmordversuch

Eine ledige Geschäftsangestellte versuchte sich am Freitag abend in der ersterlichen Wohnung durch Einatmen von Douchgas aus Döbberstraße das Leben zu nehmen. In bewußtlosem Zustand brachte man sie ins Krankenhaus. Sie ist außer Lebensgefahr.

Diebstähle

Am Freitag wurden der Polizei drei Fahrraddiebstähle und eine Reihe von kleineren Diebstählen angezeigt.

Festgenommen

Am Freitag 18 Personen wegen verschiedener strafbarer Handlungen, darunter 12, weil sie nach Zigeunerart umherzogen, ohne im Besitz von Zigeunerpersonalblättern zu sein.

(1) Rentenbankcheine als Zahlungsmittel. Zur Behebung von Zweifeln wird von der Deutschen Rentenbank mitgeteilt, daß noch rund 446 Millionen Rentenbankcheine als Zahlungsmittel im Umlauf sind. Alle Rentenbankcheine zu 5, 10 und 50 Rm. mit Kopfbild sowie die höheren Wertschnitte zu 100, 500 und 1000 Rentenmark ohne Kopfbild sind vollgültige Zahlungsmittel, für die an allen öffentlichen Kassen (Post, Eisenbahn, Finanzämter, Reichsbank usw.) Annahmewang besteht. Die Tilgung und Rückziehung der umlaufenden Rentenbankcheine erfolgt ganz allmählich aus hierfür bereitgestellten Mitteln. Voraussetzungen werden die letzten Rentenbankcheine erst 1942 aus dem Zahlungsmittelumlauf verschwinden sein.

(2) Der neue Badisch-Pfälzische Luftfahrtverein und seine Ziele. In der Generalversammlung am 21. Januar 1931 wurde durch Zusammenfluß des Karlsruher Luftfahrtvereins e. V. und des Fliegervereins Karlsruhe e. V. der Badisch-Pfälzische Luftfahrtverein Karlsruhe e. V. gegründet, welcher demnach eine Erweiterung des seit dem 29. September 1910 bestehenden Karlsruher Luftfahrtvereins darstellt. Zunächst soll im Frühjahr der Schulbetrieb mit Sportflüssen aufgenommen werden. Speziell dieses Tätigkeitsgebiet ist für Karlsruhe neu, da der bisherige Verein nur dem Reichsluftfahrtamt angehörte, welcher seit dem 1. April 1931 die einjährige Ausbildung in der Luftfahrt wahrnimmt. Der Badisch-Pfälzische Luftfahrtverein Karlsruhe e. V. arbeitet in engerer Zusammenarbeit mit dem gleichnamigen Verein in Mannheim, der sich schon seit einigen Jahren auf dem Gebiet der Sportfliegerausbildung betätigt. Die Vorstandswahl ergab folgende Mitglieder: Vorsitzender Fabrikant Robert Rees, Stellvertreter die

Herrn Proturist W. Spitzhagen und Fabrikant A. Jalon, Schriftführer Herr S. Lehner, J. Käble, Kassier Herr Kaufmann F. Compter, Beisitzer die Herren Oberbaurat R. Kaufmann und Oberlehrer R. Jost. Als Leiter der neu gebildeten Untergruppen wurden gewählt: für die Motorflugabteilung Herr Fabrikant A. Jalon, für die Segelflugabteilung Herr Ing. K. Maier, für die Freiballabteilung Herr Rechtsanwalt A. F. Hoffmann; ferner für die Bearbeitung der Angelegenheiten Herr Ing. E. Steude jr. Die Geschäftsstelle befindet sich bei Herrn Proturist W. Spitzhagen, Ritterstraße 1, Telefon 7400-02.

(3) Die Franzosen, nicht abgeholt, Hand- und Reisepässe, sowie unanbringliche Frachtposten, die im Besitz der Reichsbahndirektion Karlsruhe der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft in den Monaten September-Oktober 1930 anfallen, werden — wie aus dem Anzeigenteil ersichtlich — am 2. und 3. Februar 1931 im Versteigerungsraum des Hauptbahnhofs Karlsruhe (Eingang Maxaubahnhof), jeweils 8 und 14 Uhr beginnend, öffentlich versteigert.

Veranstaltungen

Maschinenbau der Kassalla

Auf den heute abend in der Festhalle stattfindenden Maschinenbau der Kassalla sei nochmals hingewiesen. Zwei Ballorchester im großen Saal spielen zum Tanz auf. Wer noch einen billigen Maschinenbau besuchen will, veräume nicht, heute in die Festhalle zu gehen. Karten sind im Vorverkauf und an der Abendkasse erhältlich.

Colosseumtheater. Wie uns die Direktion mitteilt, finden ab Sonntag, den 1. Februar, nur noch Ringkämpfe unter Wegfall des Varieté-Programms statt. Die Vorstellungen beginnen von diesem Tage an abends 8.30 Uhr und zwar für jeden Abend 4 Ringkämpfe vorgegeben. Die Sonntag-Nachmittags-Vorstellungen kommen bei den Ringkämpfen in Wegfall. Am Samstag 8 Uhr ringen: Kip gegen Roy sowie Kader gegen Schwarzdanner. Im Entscheidungskampf stehen sich Bogmann und Schwabenschneider gegenüber. An diesem Abend verabschieden sich die Varieté-Künstler vom Publikum. Am Sonntag, den 1. Februar, abends 8.30 Uhr, ringen: Thomson — Roy, Kip — Wudras, Kipper — Bogmann sowie Schwabenschneider gegen Kader.

Karlsruhe, der bekannte Meister des Klaviers, spielt, wie bereits mitgeteilt wurde, kommenden Sonntag, am 1. Februar, um 11 Uhr vormittags im Eintrachtssaal. Der Künstler hat ein Programm gewählt, das ihn nach vielen Jahren wieder in seiner ganzen unvergleichlichen Meisterschaft zeigen wird. Er beginnt mit einer weniger bekannten dreifachen Klavierkomposition von F. S. Bach. Es folgt die herrliche d-moll-Sonate von Beethoven, an deren Vortrag durch Kochen sich die zahlreichen Besucher seiner 5 Besonderen-Aufnahme erinnern werden. Wie uns die Konzertdirektion Kurt Reuefeldt mitteilt, ist der Vorverkauf zu dieser seltenen Sonntag-Vorstellung ungebrochen stark, was ja bei den so niedrigen Eintrittspreisen und der großen Beliebtheit des Künstlers zu erwarten war.

Phönix Karlsruhe gegen S.V. Bismarck. Der kommende Sonntag sieht einen weiteren Klavierabend im Phönix-Theater vor dem Karlsruher Fußballpublikum bedürfen. Der S.V. Bismarck zählt schon seit Jahren zu den stärksten Vereinen der Badischen, ja süddeutschen Fußballliga. Die Karlsruher müssen sich nunmehr endlich zum erstenmal, um einen Punkt zu kommen. Im Spielbild haben sie bis jetzt jedem Gegner der Zeitungsbesprechung bieten können und mehrmals wäre der eine oder andere Treffer zu erzielen gewesen, wenn — mehr Schußkraft im Sturm vorhanden gewesen wäre. Hoffentlich ist bei der Begegnung nicht wieder so unglücklich mit den reisenden Mannschaften wie am vergangenen Sonntag. Beginn: 2.30 Uhr. Auto- und -Wagen durch den Parterre (Einfahrt: Turmlader Tor).

Kaffee Bauer. Das Kaffee Bauer legt seine diesjährigen Postmads-Veranstaltungen heute Samstag mit einer Debusse und Postmads-Prämien aus. Alles Nähere ist aus dem Inseratenteil des Blattes ersichtlich.

Ringkämpfe im Colosseumtheater. Der gestrige Abend brachte aufregende Kämpfe, hervorgerufen in der Hauptsache dadurch, daß der Pole Kisch und der Tscheche Probstka in ihren Kämpfen sich größte Unregelmäßigkeiten zu schulden kommen ließen. Kisch hatte Stolzgewalt zum Gegner. Der Kampf endete unentschieden und der Pole mußte wieder zwei Verwarnungen hinnehmen. Der Tscheche Probstka fand in Schwabenschneider einen sehr widerstandsfähigen Gegner. Probstka benahm sich dabei brutal, daß der Kampfrichter Probstka nicht allein disqualifizierte, sondern ihn von einer weiteren Beteiligung der Kämpfe ganz ausschloß. Herr Reichold begründete diese Maßnahme, um die Ringkämpfe im Colosseum durch unfaire Kämpfe nicht in Verfall bringen zu wollen. Roy siegte über Schwarzdanner durch Knöchel mit Nichte in 15 Minuten.

Humoristisches Konzert in der Festhalle. Wir haben an dieser Stelle unsere Freude, Peter schon kurz darauf hingewiesen, daß am Sonntag, den 1. Februar, im großen Festhallaal, von 15½ bis 18 Uhr, ein großes humoristisches Konzert stattfindet, veranstaltet vom Phönix Orchester und unter Leitung des ersten Soloflötisten. Unter den Mitwirkenden seien besonders erwähnt der musikalische Clown Giovanni Martinelli, der dem Karlsruher Publikum kein Fremder ist; man erinnert sich noch gerne seines lebhaften erfolgreichen Auftretens in der Festhalle, wie er ja auch in letzter Zeit im Colosseum einem großen Publikumskreis bekannt geworden ist. Martinelli wird an diesem Nachmittag mit ganz neuen Sachen aufwarten. Das ganze Konzertprogramm dürfte sämtlichen Konzertbesuchern zu einem genussreichen Nachmittag werden, zudem das genussreich zu lebende Konzertprogramm dem Humor und Kribbeln der Besucher weitgehend mit entsprechenden Erläuterungen überkommt. Der Eintrittspreis auch für dieses Konzert ist, trotz der großen und besonderen Aufwendungen hierfür, ein sehr niedriger, jedoch Jedermann Gelegenheit geboten ist, es besuchen zu können.

Schneebericht

Karlsruhe: Bewölkt, minus 3 Grad, 120-130 Ztm. Schneehöhe, 3-5 Ztm. Neuschnee, Pulver, Schi und Kodel gut.
Mummelsee: Bewölkt, minus 3 Grad, 130-140 Ztm. Schneehöhe, verbarstet, Schi sehr gut.
Hornisgrunde: Bewölkt, minus 5 Grad, 130-140 Ztm. Schneehöhe, Schi und Kodel sehr gut.
Hundsbach: Bewölkt, minus 2 Grad, 100-120 Ztm. Schneehöhe, Pulverschnee, Schi gut.
Unterlamm: Deiter, minus 3 Grad, 110-120 Ztm. Schneehöhe, 1-2 Ztm. Neuschnee, Pulverschnee, Schi und Kodel sehr gut.
Sand: Bewölkt, minus 2 Grad, 65-70 Ztm. Schneehöhe, Pulver, Schi sehr gut.
Herrenwies: Bewölkt, minus 3 Grad, 65-70 Ztm. Schneehöhe, Pulverschnee, Schi sehr gut.
Hundsbach: Bewölkt, minus 3 Grad, 90-95 Ztm. Schneehöhe, 3-5 Ztm. Neuschnee, Pulverschnee, Schi sehr gut.
Hilfershöhe-Platz: Bewölkt, minus 2 Grad, 60-65 Ztm. Schneehöhe, Pulverschnee, Schi sehr gut.
Kaltenbrunn: Deiter, minus 5 Grad, 90-95 Ztm. Schneehöhe, Pulver, Schi sehr gut.
Döbel: Bewölkt, minus 1 Grad, 45 Ztm. Schneehöhe, Pulverschnee, Schi gut.
Freiberg-Poststation: Bewölkt, minus 6 Grad, 170-180 Ztm. Schneehöhe, Pulverschnee, Schi und Kodel sehr gut.
Tillfeld: Bewölkt, minus 3 Grad, 80-85 Ztm. Schneehöhe, Pulverschnee, Schi und Kodel sehr gut.

Wasserstand des Rheins

Basel 77, aef. 9; Waldshut 248, aef. 20; Schutterinsel 135, aef. 11; Rehl 301, aef. 6; Maxau 513, aef. 10; Mannheim 478, aef. 21 Zentimeter.

Nicht Preisabbau das ist Preissturz

4⁹⁵ 5⁹⁰ 6⁹⁰ A 7⁹⁰ 8⁹⁰ 9⁹⁰

Für Damen

Frische Damen-Spangenschuhe bequem, weich gepolstert... Mk. 4.95, 5.90, 6.90

Für Herren

Elegante, schwarze Herrenhalbschuhe... 6.90

Für Kinder, Knaben und Mädchen

Entzückende Lackbesatz-Kinderstiefel... 1.95

ALTSCHÜLER
Schützenstr. 50 Kaiserstr. 118

Weißer Woche
Kaufen Sie bei uns Ihre Stoffe für Aussteuern Kleider und Herrenanzüge

Sie werden mit besten Qualitäten enorm billig bedient

Malthaner & Hauschwitz
Karlsruhe, Waldhornstraße 19

Ein Sonder-Angebot
der **Weissen Woche**

Küppersbusch Kohlenherde 109
mit Nickelschiff Mk. 109

Küppersbusch Gasherde 117
mit Backofen Mk. 117

Ph. Nagel
Kaiserstrasse 55

Geschäftsverlegung!
Unsere Geschäftsräume nebst Ausstellungshalle und Reparaturwerkstätte befinden sich ab 1. Februar 1931 Ritterstr. 13-17 (Eingang Gartenstr.)

NSU FIAT AUDI

Weißer Woche
Erb'sche Qualität

Prüfen Sie bitte die vorzüglichen Qualitäten und unsere niederen Preise. Sie kaufen alsdann bestimmt bei **Erb**

Damen-Taghemden mit schöner Stickerei 1.25 1.10 - .75
Damen-Nachthemden mit breiter Stickerei 1.90 2.85
Prinzeß-Röcke mit hübscher Stickerei 1.90
Damen-Schlüpfer Kunstseide 95
Unterkleid Kunstseide mit Spitzen garniert 1.60
Kinder-Jäckchen 65 65 - .25
Einlage-Deckchen 40/40 40 - .25
Wickel-Decken 1479 1.55 1.10
Mull-Windelein 60 - .35

Schlafzimmer
schönes Modell, Birke imit., groß, Spiegelschrank, Waschkommode, m. Spiegeltisch, 2 Betten 2 Nachttische, 2 Stühle zum Spottpreis von 250.- Mk zu verkaufen.

Hain & Künzler
Waldstraße 6. Kein Laden.
Arbeiter! Werbt für euer Zeitung!

